



ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN

JANUAR BIS JUNI 2024

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



IMPRESSUM

Herausgeber_innen Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 / 817 98 58 21
presse@rias-berlin.de

Berlin, 1. Auflage 2024

ISSN 2569-8222

V. i. S. d. P. Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Text, Konzept, Redaktion Jonas Empen, Ruth Hatlapa, Julia Kopp, Christian Obermüller / Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Layout und Grafik Gegenfeuer, gegenfeuer.net

Lektorat Frank Engster

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim VDK e.V. bzw. auf den Seiten 9, 12, 17, 20, 23, 25, 26–27, 30, 33, 35, 53, 55–56, 63–64 und 66–68 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2024 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin).

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die_der Herausgeber_in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e.V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Titelseite D „Mem“ ist der 13. Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

INHALT

- 4 Einleitung**
- 8 Im Überblick: Zentrale Entwicklungen
von Januar bis Juni 2024**
- 14 Antisemitische Vorfälle in Berlin
von Januar bis Juni 2024**
- 36 Die Statistik auf einen Blick**
- 44 Isolation, verweigerte Solidaritäten und
Vernichtungsbotschaften**
– Von Tabea Adler, OFEK e. V.
- 46 Handlungsstrategien im Umgang mit Antisemitismus
– Bericht aus der Beratungspraxis der Mobilen Beratung
gegen Rechtsextremismus Berlin**
- 48 Antisemitismus und Terrorverherrlichungen:
Antisemitismus auf israelfeindlichen Versammlungen
in Berlin in der ersten Jahreshälfte 2024**
- 60 Beispiele**
- 70 Anhang: Begrifflicher Rahmen und Kategorien**

EINLEITUNG

Antisemitismus in Berlin seit dem 7. Oktober

Der 7. Oktober war eine Zäsur in Berlin mit langfristigen Folgen. Allein in der ersten Jahreshälfte von Januar bis einschließlich Juni 2024 hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) 1.383 antisemitische Vorfälle in der Bundeshauptstadt dokumentiert. In sechs Monaten hat das Projekt somit mehr Vorfälle erfasst als je zuvor innerhalb eines gesamten Jahres seit Beginn der Dokumentation antisemitischer Vorfälle 2015. Mit dem vorliegenden Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin von Januar bis Juni 2024“ legt RIAS Berlin nun das erste zivilgesellschaftliche Lagebild seit 2023 vor, das zeigt: Antisemitische Vorfälle haben in Berlin ein neues Ausmaß angenommen.

Der Anstieg zeichnet sich in allen von RIAS Berlin erfassten Vorfalltypen ab. Es wurden deutlich mehr Vorfälle verletzenden Verhaltens bekannt, also Beleidigungen, Anfeindungen online oder antisemitische Schmierereien im öffentlichen Raum. Häufiger ereigneten sich aber auch Vorfälle antisemitischer Gewalt. Eine rückläufige Tendenz ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts nicht abzusehen.

Gefahr der zunehmenden Normalisierung

Ausgangspunkte dieser Entwicklung sind der Terrorangriff der Hamas und die Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023 sowie der darauffolgende Krieg zwischen Israel und der Hamas in Gaza. Unter den dokumentierten Vorfällen sind solche, die positiv Bezug nehmen auf die Gewalt am 7. Oktober oder die sich explizit auf den Krieg in Gaza beziehen. Das Vorfalleschehen umfasst allerdings auch zahlreiche antisemitische Vorfälle, die keinen inhaltlichen Bezug dazu aufweisen. Zu beobachten ist, dass sich in diesem Kontext die Grenzen des Sagbaren insgesamt verschoben haben und einige antisemitische Äußerungen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein akzeptabel scheinen. Sie reichen von der Dämonisierung und Delegitimierung Israels, über antisemitische Verschwörungsmythen, Bagatellisierungen der Schoa und Täter-Opfer-Umkehrungen bis hin zu offenen antisemitischen Beleidigungen.

Neue Dimension des alltagsprägenden Charakters von Antisemitismus

Für Jüdinnen_Juden ist die Zäsur des 7. Oktober weiterhin im Alltag in Berlin präsent – neben den komplexen Auswirkungen des Terrors der Hamas. Die Präsenz von und die Konfrontation mit Antisemitismus in Räumen des Alltags, auf der Straße, im ÖPNV, auf dem Campus, in der Bar, beim Fußball, im Theater, beim Konzert, beim Einkaufen und online wirkt auf viele zermürend. Seit Monaten sind es jüdische Stimmen, die auf Probleme hinweisen: Jüdische Studierende berichten etwa, dass sie sich auf dem Hochschulgelände nicht länger sicher fühlen.

Das ohnehin konflikthafte Aushandeln zwischen der eigenen physischen und psychischen Unversehrtheit und der Sichtbarkeit im Alltag hat sich für viele drastisch verschärft seit dem vergangenen Herbst. Betroffene von antisemitischen Angriffen und Anfeindungen berichten immer wieder, dass ihnen Umstehende oder Passanten nicht zur Hilfe gekommen sind. In der Konsequenz greifen viele Jüdinnen und Juden zu Strategien, um öffentlich nicht als jüdisch erkennbar zu sein.

Konflikte um Antisemitismus nehmen zu und verschärfen sich

Neben den konkreten antisemitischen Vorfällen in Berlin beobachtet das Projekt bedenkliche Entwicklungen in den gesellschaftlichen und politischen Debatten um Antisemitismus, die seit dem 7. Oktober und dem folgenden Anstieg von antisemitischen Vorfällen verstärkt geführt werden. Bereits zuvor bestehende Konflikte haben sich in den vergangenen Monaten zusehends verschärft: Während sich die demokratischen Fraktionen vor dem 7. Oktober 2023 noch auf das gemeinsame Entstehen gegen Antisemitismus einigen konnten, ist dies nicht länger selbstverständlich.

Im Kunst- und Kulturbereich wird das Verhältnis von Antisemitismus und Kunstfreiheit debattiert; gleichzeitig werden jüdische oder israelische Künstler_innen oder Kulturprodukte teilweise offen, teilweise stumm boykottiert.

An Berliner Hochschulen werden die Debatten um Antisemitismus und die Konflikte um politische Deutungshoheiten kontrovers geführt; die Dokumentation der letzten sechs Monate zeigt einen deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle an Hochschulen, darunter Versammlungen, Schmierereien sowie antisemitische Anfeindungen gegen jüdische und israelische Studierende.

Sichtbar werden auch die Handlungsunsicherheiten, die bei antisemitischen Vorfällen in zentralen Institutionen, z. B. an Schulen und Hochschulen, auftreten. Lehrkräfte und Schulleitungen scheinen angesichts antisemitischer Anfeindungen gegen jüdische oder israelische Schüler_innen mitunter überfordert oder gar

unwillig, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Im Ergebnis kann das heißen, dass jüdische oder israelische Schüler_innen und ihre Familien allein bleiben mit ihren Erfahrungen, oder sie durchlaufen strapaziöse Aushandlungsprozesse.

Bei all diesen Debatten fällt auf, dass häufig über Antisemitismus, seine Definitionen, einzelne Parolen oder Positionierungen diskutiert wird, selten aber auf der Grundlage der Empirie.

In diesem Bericht werden die RIAS Berlin bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle in Berlin vom Januar bis Juni 2024 analysiert. Enthalten ist auch ein Bericht über das Versammlungsgeschehen in der ersten Jahreshälfte. Im Fokus stehen die verschiedenen antisemitischen Erscheinungsformen auf den jüngsten Versammlungen. Des Weiteren wird die Perspektive von Betroffenen von Antisemitismus aus der Beratungspraxis von Ofek dargestellt, und ein Interview mit der MBR beleuchtet die Herausforderungen der zunehmenden Anfeindungen gegen Projekte und Personen, die sich gegen Antisemitismus engagieren.

IM ÜBERBLICK: ZENTRALE ENTWICKLUNGEN VON JANUAR BIS JUNI 2024

Von Januar bis Juni 2024 bereits mehr antisemitische Vorfälle als im gesamten Jahr 2023

Mit 1.383 antisemitischen Vorfällen hat RIAS Berlin im ersten halben Jahr bereits mehr Vorfälle verzeichnet als im gesamten Jahr 2023 (1.270 Vorfälle), es waren auch mehr als in jedem anderen Jahr seit Beginn der Dokumentation 2015. Der monatliche Durchschnitt von 230 Vorfällen zeigt, dass sich der sprunghafte Anstieg antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 auf einem hohen Niveau verstetigt hat. Der Terrorangriff des 7. Oktober und die darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas stellen folglich eine weiterhin andauernde Gelegenheitsstruktur für antisemitische Äußerungen und Handlungen dar. Vor 2023 hatte es nur einen Monat mit 225 Vorfällen gegeben, den Mai 2021, als es temporär im Kontext der damaligen Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt zu einem deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin gekommen war.

Antisemitische Gewalt weiterhin auf hohem Stand

In den ersten sechs Monaten 2024 wurden RIAS Berlin 2 Vorfälle extremer Gewalt, 23 Angriffe und 37 gezielte Sachbeschädigungen bekannt. Bereits nach dem 7. Oktober bis zum Jahresende 2023 hatte das Projekt einen Anstieg der Fälle antisemitischer Gewalt festgestellt. Das Projekt hat im ersten Halbjahr 2024 außerdem 28 Bedrohungen verzeichnet, die z. B. über Direktnachrichten auf Social Media getätigt wurden. Auch inhaltlich äußerte sich der Antisemitismus weiterhin gewaltvoller und enthemmter. 71 Vorfälle enthielten Vernichtungsdrohungen, darunter z. B. Schmierereien, die offen zum Töten von Juden aufriefen.



◀ Neukölln, 6. März:
Antisemitische Vernichtungsdrohung neben einem „Free Palestine“-Aufkleber.

Jüdisches Leben findet weiterhin weniger sichtbar und offen in Berlin statt

Die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober 2023 und die Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas wirken sich einschränkend auf den Alltag von Jüdinnen_Juden in Berlin aus. Es gibt eine kontinuierliche Konfrontation mit antisemitischen Inhalten, sei dies durch Interaktionen mit bekannten oder unbekannten Personen, sei es durch antisemitische Parolen auf Versammlungen, die mehrmals wöchentlich stattfinden, oder sei es durch Schmierereien im Stadtbild. Jüdinnen und Juden ergreifen noch mehr Schutzmaßnahmen, um z. B. nicht als jüdisch erkennbar zu sein, oder sie meiden Räume, Situationen und Begegnungen, die nicht sicher erscheinen. Seit dem 7. Oktober berichten Jüdinnen und Juden, dass die Situation nachhaltig geprägt sei von Gefühlen der Isolation und Unsicherheit, der Sorge um die eigene physische Unversehrtheit, sowie von Erfahrungen des Verlusts – von Freund_innen, Bekannten und einstigen politischen Verbündeten – sowie einem Mangel an Solidarität.

Mehr antisemitische Vorfälle an Schulen

Im ersten Halbjahr 2024 wurden bereits 74 antisemitische Vorfälle in Bildungseinrichtungen dokumentiert, darunter 27 Vorfälle an Schulen. Die Art der Vorfälle ist alarmierend: Jüdische oder israelische Kinder wurden von Mitschüler_innen geschlagen, bespuckt, bedroht und angefeindet. In 9 von 12 Berliner Bezirken ereigneten sich antisemitische Vorfälle an Schulen.

Israelbezogener Antisemitismus meist in Kombination mit Motiven anderer Erscheinungsformen

Mit 990 Vorfällen (71,6 %) dominierten Inhalte und Motive des israelbezogenen Antisemitismus weiterhin das Vorfalleschehen in der Stadt. Israelbezogener Antisemitismus trat dabei nur selten isoliert auf. In knapp 70 % der Vorfälle trat er zusammen mit Motiven/Elementen anderer Erscheinungsformen auf. So stieg u. a. der Anteil des modernen Antisemitismus und des Antijudaismus im ersten Halbjahr an: In Verschwörungsmäthen zum 7. Oktober oder durch das Verwenden antijudaistischer Stereotype, um damit Israel oder Israelis zu beschreiben, wurden diese Erscheinungsformen mit dem israelbezogenen Antisemitismus kombiniert.

3 bis 4 Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen pro Woche

Auf 96 Versammlungen hat RIAS Berlin antisemitische Parolen, Transparente und Äußerungen dokumentiert. Es kam u. a. zu Bagatellisierungen der Schoa, zur Verbreitung antijudaistischer Stereotype wie „Kindermörder Israel“, und das Existenzrecht Israels wurde infrage gestellt. 80 % der Versammlungen wurden dem

politisch-weltanschaulichen Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. Im Zusammenhang mit den Versammlungen kam es zu antisemitischen Mobilisierungen und sie boten Räume für die Reproduktion antisemitischer Bilder, Chiffren und Narrative, die online und in der Stadt verbreitet wurden.

Antisemitische Äußerungen im Kontext von Terrorverherrlichung: Rotes Dreieck, Intifada, positive Bezüge auf die Hamas

Antisemitische Vorfälle in Berlin traten oft zusammen mit Terrorverherrlichung oder positiven Bezügen auf Terrororganisationen und mit ihnen assoziierten Symbolen auf. Besonders präsent war seit Anfang des Jahres das rote Dreieck als Symbol der Feindmarkierung, das auf Versammlungen, als Teil von Schmiere-reien oder auch auf Social Media verwendet wurde. Die Unterstützung von Terrororganisationen wurde außerdem offen geäußert, etwa wurden Hamas-Parolen auf Versammlungen gerufen. Es gab auch weiterhin Fälle – wie unmittelbar nach dem 7. Oktober –, in denen die Massaker, die Vergewaltigungen und die Entführungen vom 7. Oktober als legitimer „Widerstand“ verklärt wurden.

Starker Anstieg von antisemitischen Online-Vorfällen gegen jüdische und israelische Institutionen

715 antisemitische Vorfälle ereigneten sich im ersten Halbjahr 2024 online, im gesamten Vorjahr waren es 528 Vorfälle – eine Steigerung um 35 % in der Hälfte der Zeit. Mehr als 90 % richteten sich gegen jüdische oder israelische Institutionen. Von Januar bis Juni 2024 gingen bereits mehr als doppelt so viele antisemitische E-Mails bei jüdischen und israelischen Institutionen ein wie im gesamten Jahr 2023.

Die meisten zuordenbaren Vorfälle – wie 2023 – aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus

Knapp 15 % der antisemitischen Vorfälle (204) wurden dem politisch-weltanschaulichen Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugewiesen. Hier spielen die Versammlungen, auf denen sich antisemitische Vorfälle ereigneten, eine zentrale Rolle: 77 Versammlungen wurden diesem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. 70 % der gesamten Vorfälle konnte allerdings kein eindeutiger Hintergrund zugeordnet werden. Dass die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus in unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Spektren verbreitet und die Täter_innen meist unbekannt sind, erschwert die Zuordnung eines politisch-weltanschaulichen Hintergrunds zu einem konkreten Vorfall.



▲ Friedrichshain, 16. Juni:
Antisemitische und terror-
verherrlichende Schmierereien
auf einem Glascontainer.

DATENGRUNDLAGE

Die von RIAS Berlin entwickelten Arbeitsweisen und Meldestrukturen innerhalb der jüdischen und nicht-jüdischen Zivilgesellschaft Berlins sind spätestens seit dem Jahr 2017 relativ konstant. Antisemitische Vorfälle und Straftaten werden dem Projekt auf unterschiedlichen Wegen bekannt, dabei machen Meldungen über die Meldeseite www.report-antisemitism.de mit Abstand den größten Anteil aus. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle über E-Mails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, Presseberichte und Polizeimeldungen. Auch im Rahmen eines pro-aktiven Monitorings von Versammlungen im öffentlichen Raum durch das Projekt und Partnerorganisationen werden RIAS Berlin antisemitische Vorfälle bekannt. RIAS Berlin erzeugt so den umfassendsten Datensatz strafbarer und nicht-strafbarer antisemitischer Vorfälle in Berlin. Das Projekt kann Vergleiche zwischen den Jahren vornehmen und geographische und thematische Entwicklungen abbilden.

Die Arbeitsweisen des Projekts umfassten für die Jahre 2016–2020 auch den Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes des Berliner Landeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität. Anders als in den Jahren 2016–2020 und wie bereits für die Jahre 2021 bis 2023 konnte das Projekt für das Jahr 2024 keinen Vergleich mit diesen Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität des Berliner Landeskriminalamts vornehmen – die Daten wurden dem Projekt nicht zur Verfügung gestellt. Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sieht hierfür mit Stand vom Juni 2023 keine Rechtsgrundlage vorliegen. Als Resultat dieser geänderten Praxis der Berliner Strafverfolgungsbehörde ergibt sich, wie schon in den Vorjahren, eine Unklarheit über die Gesamtheit der staatlich und zivilgesellschaftlich bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle in Berlin im ersten Halbjahr 2024. Die Aussagefähigkeit des Berichts „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ bleibt dennoch bestehen. Auch der Vergleich zu den Vorjahren 2021–2023 ist valide, da die Auswertungen jeweils auf einer vergleichbaren Datengrundlage basieren.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN VON JANUAR BIS JUNI 2024

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte von Januar bis Juni 2024 insgesamt 1.383 antisemitische Vorfälle in Berlin. Darunter waren 2 Fälle extremer Gewalt, 23 Angriffe, 37 gezielte Sachbeschädigungen, 28 Bedrohungen und 1.240 Fälle von verletzendem Verhalten (davon 96 Versammlungen) und 53 antisemitische Massenzuschriften.

In den ersten sechs Monaten 2024 wurden bereits mehr Vorfälle verzeichnet als in 2023 (1.270 Vorfälle) und auch in jedem anderen Kalenderjahr seit Beginn der Dokumentation antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin. Im Durchschnitt ereigneten sich 7–8 antisemitische Vorfälle pro Tag.

Vorfalltypen

In der ersten Hälfte des Jahres 2024 dokumentierte RIAS Berlin 1.383 antisemitische Vorfälle. Zwei von ihnen sind Fälle **extremer Gewalt**. In beiden Fällen wurden in Berlin lebenden Juden schwere Körperverletzungen zugefügt.

Am Abend des 3. Februar wurde ein jüdischer Student in Mitte auf der Straße von einem Kommilitonen, der ihm aus einer Kneipe gefolgt war, mehrfach ins Gesicht geschlagen und dann ins Gesicht getreten, nachdem er zu Boden gestürzt war. Er kam mit mehreren Knochenbrüchen im Gesicht ins Krankenhaus und musste operiert werden. Der Betroffene hatte sich zuvor als Teil einer Gruppe von Studierenden gegen Antisemitismus und israelfeindliche Versammlungen an seiner Universität engagiert. In diesem Zusammenhang wurde er von antiisraelischen Aktivisten auf Social Media als Feind markiert, indem er dort u. a. als „rechter Zionist“ bezeichnet und Aufnahmen von seinem Portrait verbreitet wurden.¹

Am 3. Mai, einem Freitagnachmittag, wurde ein jüdischer Ukrainer in Mitte auf dem Weg zur Synagoge von einem Unbekannten antisemitisch beleidigt und körperlich angegriffen. Der Täter verfolgte den Mann, der durch einen unter seinem T-Shirt sichtbaren Tallit² als jüdisch erkennbar war, auf der Straße, rief dabei u. a. „Free Palestine“, stieß ihn zu Boden und verletzte ihn dann mit einem E-Roller. Passanten und Umstehende kamen dazu, einige machten Handyaufnahmen, aber niemand griff ein. Der Betroffene musste mit einem Knochenbruch in der Hand im Krankenhaus behandelt werden. Der Mann litt seit seiner Flucht aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskriegs unter einer posttraumatischen Belastungsstörung. Der Vorfall hat nun auch sein Sicherheitsgefühl in Deutschland erschüttert.

23 Angriffe gegen Personen wurden RIAS Berlin in den ersten sechs Monaten 2024 bekannt. Damit sind Vorfälle gemeint, bei denen Menschen körperlich angegriffen wurden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen zur Folge hatte. Bei diesen antisemitischen Angriffen wurden Menschen ins Gesicht geschlagen, bespuckt oder an den Haaren gezogen. In anderen Fällen wurden Menschen gewaltsam Gegenstände entwendet wie etwa die Halskette abgerissen. Betroffen waren jüdische und nicht-jüdische Personen. In sechs Fällen handelte es sich um Kinder.

Der Vergleich zum Vorjahr mit 34 Vorfällen solcher Art im gesamten Jahr weist darauf hin, dass der Anstieg von Gewalttaten gegen Personen nach dem 7. Oktober auch in der ersten Jahreshälfte 2024 angehalten hat.

1 Siehe dazu: Malburg, Mascha: Angriff mit Ansage, in: Jüdische Allgemeine, 07.02.2024, in: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/angriff-mit-ansage/> (Zugriff 02.10.24).

2 Der Tallit ist ein Gebetsschal bzw. ein Gebetsmantel, der von jüdischen Männern während des Morgengebets getragen wird.

Die Mehrzahl der Angriffe ereignete sich an öffentlich zugänglichen Orten – im ÖPNV, auf der Straße, in Grünanlagen, in Gewerberäumen und in der Gastronomie –, an denen die Betroffenen (meist von ihnen unbekannten Personen) als jüdisch oder israelisch erkannt oder so adressiert wurden. Das Zeigen oder Tragen der israelischen Flagge war bei vier Fällen Anlass zur Gewaltanwendung, fünf Angriffe erfolgten im Zuge oder in der Folge von Versammlungen [siehe Bericht S. 48–59].

Antisemitische Angriffe wurden in den Bezirken Mitte (6), Neukölln (5) und Tempelhof-Schöneberg (4) verzeichnet, weitere Fälle wurden in Treptow-Köpenick (2), Charlottenburg-Wilmersdorf (1), Friedrichshain-Kreuzberg (1), Pankow (1), Steglitz-Zehlendorf (1) bekannt. 2 Angriffe konnten keinem Bezirk zugeordnet werden.

RIAS Berlin registrierte in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2024 37 **gezielte Sachbeschädigungen**, bei denen jüdisches oder als jüdisch wahrgenommenes Eigentum sowie Gedenkort, Mahnmale oder Stolpersteine zerstört, beschmiert oder beschädigt wurden. Auch hier zeichnet sich ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr ab, in dem insgesamt 52 Fälle registriert wurden.

Bei 21 Vorfällen handelte es sich um gezielte Beschädigungen von Gedenkort – das sind bereits mehr Fälle als im gesamten vorherigen Jahr. Wie schon in den letzten beiden Jahren wurde auch 2024 das Mahnmal für die zerstörte Synagoge in Spandau beschädigt. Am 24. Januar fand sich der arabische Schriftzug „Es gibt keinen Gott außer Allah“ sowie ein Totenkopf darauf geschmiert. Fünf Vorfälle ereigneten sich in Moabit, wo, wie ebenfalls mehrfach in den vergangenen Jahren, Mahnmale und Orte des Erinnerns an die während des Nationalsozialismus von dort aus deportierten Jüdinnen_Juden Ziele von Schmierereien und Zerstörungen wurden. So fiel am 5. März auf, dass am Mahnmal Levetzowstraße Teile aus dem Marmor herausgebrochen worden waren. Am 13. Mai wurden an dem dort befindlichen Güterwaggon die Schriftzüge „Free Palestine“ und „Fuck Israel“ entdeckt.

Dem Projekt wurden sieben gezielte Sachbeschädigungen gemeldet, die sich im Wohnumfeld der von den Sachbeschädigungen Betroffenen ereigneten. Es handelte sich um Fälle, bei denen z. B. Wohnungstüren oder Fassaden antisemitisch beschmiert oder Briefkästen bespuckt oder verschmutzt wurden. Auf die Betroffenen wirken diese Vorfälle besonders verunsichernd, da sie im privaten Raum geschehen und meist unklar bleibt, von wem sie ausgehen.

28 **Bedrohungen** wurden RIAS Berlin in der ersten Jahreshälfte 2024 bekannt. Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Bei diesen Vorfällen wurde Betroffenen auf unterschiedliche Art und Weise Gewalt angedroht. Die Hälfte der Vorfälle ereignete sich von Angesicht zu

Angesicht – auf der Straße, im ÖPNV, in Schulen und Hochschulen, aber auch im direkten Wohnumfeld. Auch Drohanrufe und Drohbriefe erreichten Betroffene in ihrem Zuhause und verletzten ihr Sicherheitsgefühl. Elf antisemitische Bedrohungen, die sich im Internet, zumeist auf Social Media, gezielt an Personen richteten, wurden RIAS Berlin übermittelt. Wie im letzten Jahr wies die Hälfte der Bedrohungen Elemente des israelbezogenen Antisemitismus auf. In mehreren Fällen wurden die Personen für die Kriegshandlungen in Gaza verantwortlich gemacht, oder es wurde ihnen wegen einer vermeintlichen oder tatsächlichen Verbindung zu Israel Gewalt angedroht.

Die in den ersten sechs Monaten des Jahres dokumentierten 1.240 Fälle **verletzenden Verhaltens** umfassen sämtliche antisemitische Äußerungen, die in Form von Schmierereien, Aufklebern und Plakaten, Anfeindungen durch Online-Kommentare oder Zuschriften, aber auch durch Beleidigungen von Angesicht zu Angesicht getätigt wurden. Die 96 von RIAS Berlin dokumentierten Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Aussagen in Redebeiträgen, Rufen oder auf Schildern und Transparenten kam, fallen ebenfalls in diese Kategorie.

In der hohen Zahl dieser Vorfallkategorie spiegelt sich die veränderte Dynamik seit dem 7. Oktober 2023 wider: Über die Hälfte der 1.240 Vorfälle (631) wiesen einen Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas auf. 98 der Vorfälle von verletzendem Verhalten ereigneten sich von Angesicht zu Angesicht, d.h. es kam zu



◀ Mitte, 15. Mai: Antisemitische Schmiererei auf einem Stromkasten nahe einer Synagoge.

einer Interaktion, bei der Betroffene z. B. antisemitisch beschimpft wurden. Bei etwas mehr als einem Viertel (364) handelte es sich um antisemitische Schmiere-reien, Aufkleber und Plakate, deren Sichtbarkeit in der Stadt deutlich zugenommen hat – auch diese Anzahl ist bereits höher als die für das gesamte letzte Jahr.

Vorfalldynamik

RIAS Berlin dokumentierte in den ersten sechs Monaten 2024 insgesamt 1.383 antisemitische Vorfälle. Das sind deutlich mehr als das Projekt in der Regel innerhalb eines Jahres erfasst. Die einzelnen Monate wiesen dabei konstant eine deutlich höhere Anzahl an Vorfällen auf als im monatlichen Durchschnitt in den Jahren zuvor: Im Schnitt ereigneten sich 230 antisemitische Vorfälle pro Monat – vor dem 7. Oktober 2023 lag der Durchschnitt bei rund 50 antisemitischen Vorfällen. Pro Tag dokumentierte RIAS Berlin somit durchschnittlich sieben bis acht antisemitische Vorfälle. Diese Daten verweisen auf eine nachhaltige Veränderung in der Dynamik des Vorfallgeschehens: Die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Berlin blieb in der ersten Jahreshälfte, ausgehend von dem sprunghaften Anstieg infolge des 7. Oktober, auf einem deutlich höheren Niveau als in den Monaten und Jahren davor.

Der Terrorangriff der Hamas auf die israelischen Zivilist_innen am 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas in Gaza stellten eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Äußerungen und Handlungen dar.³ Auch im ersten Halbjahr 2024 ließen zahlreiche antisemitische Vorfälle eine explizite Bezugnahme auf den 7. Oktober und auf die Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas in Gaza erkennen: im Zusammenhang mit Angriffen auf und Bedrohungen von Berliner Jüdinnen und Juden wurde Gaza erwähnt oder „Free Palestine“ gerufen; fast alle Versammlungen, auf denen es zu antisemitischen Vorkommnissen kam, wiesen einen Bezug auf das Kriegsgeschehen in Gaza oder auf den 7. Oktober auf und auch die antisemitischen Inhalte auf den Versammlungen bezogen sich in der Regel darauf, z. B. wenn das israelische Vorgehen in Gaza mit der antisemitischen Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde; in Online-Kommentaren wurden die Massaker und die Vergewaltigungen durch die Hamas vom 7. Oktober geleugnet oder legitimiert; Jüdische oder als solche wahrgenommene Organisationen erhielten eine Vielzahl an Zuschriften und Online-Kommentaren, in denen ihnen eine vermeintliche Mitschuld und Mittäterschaft am Krieg vorgeworfen wurde.

3 Siehe zum Begriff der Gelegenheitsstruktur: Verein für demokratische Kultur in Berlin/Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (Hg.): Antisemitische Vorfälle in Berlin 2022, in: <https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische-Vorfaelle-Berlin-2022.pdf>, S. 20–21. (Zugriff 21.10.24).

Betroffene von Antisemitismus

In 189 Vorfällen waren von Januar bis Juni 2024 266 Einzelpersonen betroffen. Von den 266 Einzelpersonen waren in 131 Vorfällen 193 Personen jüdisch oder israelisch. Dies bedeutet, dass sich wöchentlich etwa 5 Vorfälle gegen Berliner Jüdinnen_ Juden sowie Israelis ereigneten. Das sind weniger als die 14 Vorfälle pro Woche, die in den Wochen nach dem 7. Oktober 2023 registriert wurden, es sind im Schnitt gleichwohl doppelt so viele Vorfälle wie in der Zeit vor dem 7. Oktober. Es zeigt sich also in den ersten Monaten von 2024 bereits, dass jüdische oder israelische Personen seit dem 7. Oktober weiterhin deutlich häufiger angefeindet wurden als in den Vorjahren.

Im ersten Halbjahr 2024 haben antisemitische Vorfälle gegen Institutionen stark zugenommen. Wurden im gesamten Jahr 2023 467 Vorfälle verzeichnet, die sich gegen Institutionen richteten, so waren es allein in den ersten sechs Monaten 2024 bereits 722, davon waren in 657 Fällen jüdische oder israelische Organisationen betroffen. Zu 99% handelte es sich bei den Vorfällen gegen jüdische und israelische Organisationen um Online-Vorfälle. Der Krieg zwischen Israel und der Hamas wurde dabei meistens zum Anlass genommen, um die Institutionen per E-Mail oder auf Social-Media-Plattformen mit traditionellen antisemitischen Stereotypen aller Erscheinungsformen anzufeinden.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Je nach ihrer inhaltlichen Ausprägung ordnet RIAS Berlin die in Vorfällen getätigten verbalen oder non-verbalen Äußerungen einer von fünf Erscheinungsformen des Antisemitismus zu. Viele Vorfälle lassen sich dabei zwei oder mehr Erscheinungsformen zuordnen, entweder, weil bei einem Vorfall unterschiedliche antisemitische Stereotype geäußert werden, oder weil eine Äußerung die Kriterien für verschiedene Erscheinungsformen erfüllt. Daher ist die Zahl der Zuordnungen zu den Erscheinungsformen höher als die Zahl der Vorfälle.

71,6 % der antisemitischen Vorfälle (990) wiesen im ersten Halbjahr 2024 Elemente des **israelbezogenen Antisemitismus** auf. Diese Erscheinungsform dominierte das Vorfalleschehen in Berlin, so wie bereits im Vorjahr, als 62 % der Vorfälle dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet wurden. Dazu zählten u. a. Vorfälle, die Israel mit Bezugnahme auf antisemitische Stereotype dämonisierten oder das Existenzrecht des Staates bestritten. 37 der Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus gingen unmittelbar einher mit Vernichtungsdrohungen, sei es gegen den Staat Israel, sei es gegen alle Jüdinnen und Juden, oder sei es gegen einzelne jüdische oder israelische Personen.



▲ Prenzlauer Berg, 12. Juni:
Davidstern mit rotem Dreieck
übersprüht.

◀ Neukölln, 15. März: Rotes Dreieck auf einem Plakat mit der Aufschrift „Die Zerstörung des Zionismus hat begonnen“.

▼ Kreuzberg, 17. April:
Schoa bagatellisierendes
Stencil, das an mehreren
Orten in Berlin entdeckt
wurde.



Seit Beginn des Jahres trat das rote Dreieck zunehmend im Zusammenhang mit antisemitischen Äußerungen auf, z. B. auf Versammlungen, auf Social Media oder auch als Teil von Schmierereien im Stadtbild. Das rote Dreieck wird im Kontext des aktuellen Vorfalles als terrorverherrlichend und als Aufruf zur Gewalt eingeordnet, da es auf eine Praxis der Feindmarkierung durch die Hamas in Videos zurückgeht. Rote Dreiecke wurden u. a. verwendet, um politische Gegner_innen in einer Auseinandersetzung zu markieren. RIAS Berlin hat auch Schmierereien, Aufkleber und Plakate dokumentiert, bei denen das Dreieck allgemein gegen Jüdinnen und Juden gerichtet war oder mit ihm zur Vernichtung Israels aufgerufen wurde.

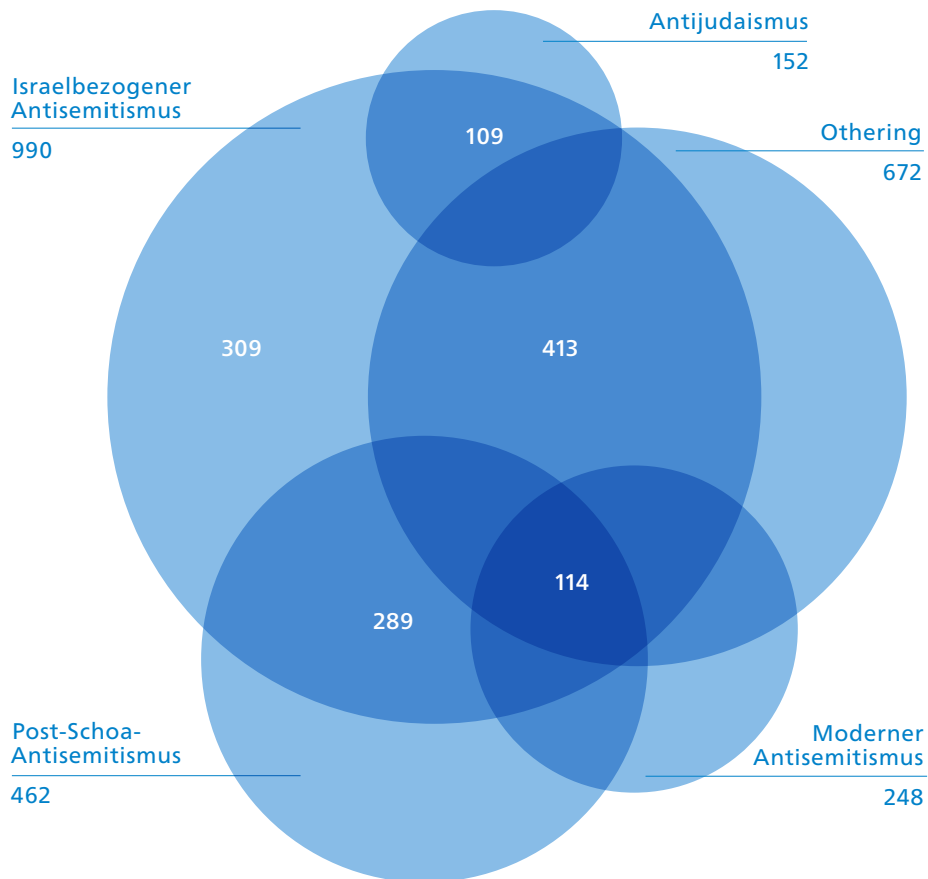
Israelbezogener Antisemitismus trat in 67,7 % der Vorfälle gemeinsam mit anderen antisemitischen Erscheinungsformen auf. Besonders häufig wiesen Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus eine Überschneidung zum **antisemitischen Othering** auf (413 Vorfälle). Das Kriegsgeschehen zwischen Israel und der Hamas wurde häufig zum Anlass genommen, Berliner Jüdinnen und Juden antisemitisch zu adressieren. Mehrfach wurden Personen, die z. B. durch das Tragen religiöser Symbole als jüdisch zu erkennen waren, kollektiv für Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht; sie wurden z. B. an öffentlichen Orten angeschrien, beschimpft oder bedroht. In neun Fällen wurden jüdische oder israelische Kinder unter Bezugnahme auf Israel und/oder Palästina angefeindet oder sogar physisch angegriffen.

In 289 Fällen gab es Überschneidungen zwischen israelbezogenem Antisemitismus und **Post-Schoa-Antisemitismus**. Dabei handelte es sich in mehr als 80 % um Vorfälle, in denen der Staat Israel oder der Zionismus mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde, oder es wurde suggeriert, dass die Situation in Gaza mit der Schoa vergleichbar sei. Dies ist als antisemitische Täter-Opfer-Umkehr und auch als Bagatellisierung der Schoa einzuordnen. Solche NS-Vergleiche waren ein präsesentes Motiv auf israelfeindlichen Versammlungen, in Online-Zuschriften an jüdische oder israelische Institutionen sowie bei Schmierereien und auf Aufklebern im Stadtbild. So wurden z. B. an Häuserwände Sprüche wie „Zionists are Nazis“ gesprüht, oder Hakenkreuz und Davidstern wurden gleichgesetzt.

In 114 Fällen traten israelbezogener Antisemitismus und moderner Antisemitismus gemeinsam auf, z. B. in Verschwörungserzählungen, die sich auf die Massaker vom 7. Oktober 2023 bezogen. In 109 Vorfällen traten Elemente des israelbezogenen Antisemitismus und des Antijudaismus kombiniert auf. Weniger als ein Drittel der Fälle des israelbezogenen Antisemitismus wiesen keine Überschneidungen mit anderen Erscheinungsformen auf.

Überschneidung der Erscheinungsformen mit israelbezogenen Antisemitismus

Die Zahlen innerhalb der Kreise stellen die Überschneidung der jeweiligen Erscheinungsform mit israelbezogenem Antisemitismus dar



Antisemitischem Othering wurden im ersten Halbjahr 48,6 % der Vorfälle (672) zugeordnet. Diese Erscheinungsform umfasst solche Vorfälle, bei denen Jüdinnen und Juden als „fremd“ oder nicht-zugehörig markiert oder in denen „jüdisch/Jude“ als abwertende Begriffe verwendet wurden. Auch negative Kollektivzuschreibungen an Jüdinnen und Juden werden mit dieser Erscheinungsform erfasst. In vielen Fällen wurden jüdische, israelische oder als solche adressierte Personen unvermittelt angefeindet. In Treptow-Köpenick wurde eine Frau von einer unbekannten Person als „Drecksjude“ beleidigt, in Friedrichshain-Kreuzberg beschimpften zwei Männer eine jüdische Rentnerin in einem Gewerbe u. a mit den Worten „Fuck you, du Scheiß-Jude“, in Mitte wurde eine jüdische Frau in einer S-Bahn von einem Mann als „fette jüdische israelische Schlampe“ beschimpft und angespuckt, nachdem sie sich am Telefon über eine Dokumentation über die sexuelle Gewalt an jüdischen und israelischen Frauen am 7. Oktober unterhalten hatte. 12 der 23 im ersten Halbjahr dokumentierten Angriffe wurden dem antisemitischen Othering zugeordnet.

Im Vorfalldgeschehen ist zudem deutlich, dass die Begriffe „zionistisch“ oder „Zionist_in“ zunehmend einerseits als Chiffre für Jüdinnen_Juden verwendet wurden, andererseits als Begriffe, um politische Gegner_innen zu markieren oder zu diskreditieren. „Zionistisch“ wurde zum Synonym für das „Böse“, mithin zu etwas, dem jede Legitimität abgesprochen wird und das bekämpft werden muss. Die besondere Gewaltförmigkeit wurde in den zahlreichen Vernichtungsdrohungen kenntlich. Auch linke Projekte oder Aktivist_innen, die sich gegen Antisemitismus aussprechen oder engagieren, wurden mit diesem Begriff markiert, und das wird wiederum zum Anlass für Anfeindungen oder auch Gewalt genommen.



◀ **Moabit, 17. März:** Aufruf zu Gewalt gegen Zionisten an einem Stromkasten.

Vorfälle, die der Erscheinungsform **Post-Schoa-Antisemitismus** zugeordnet wurden, lagen mit 462 in absoluten Zahlen bereits im ersten Halbjahr 2024 über der Anzahl von Vorfällen mit Elementen dieser Erscheinungsform im gesamten Vorjahr, während der Anteil mit 33,4 % weitgehend gleichgeblieben ist (2023: 431 Vorfälle; 34 %). Es kam zu zahlreichen Störungen des Gedenkens an die Schoa, indem Mahnmale beschmiert oder Gedenktafeln beschädigt wurden. Bei einer Demonstration zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zeigten zwei Männer aus einem Fenster den Hitlergruß. Das Projekt dokumentierte 37 Vorfälle, die eine Befürwortung der Schoa enthielten, z. B. indem Bedauern darüber ausgedrückt wurde, dass Hitler nicht mehr da sei und die Vernichtung der Jüdinnen_Juden nicht vollendet habe. Der Großteil dieser Vorfälle (73 %) richtete sich gegen jüdische oder israelische Individuen oder Institutionen und ereignete sich online (68 %).

Der **moderne Antisemitismus** stieg prozentual im Vergleich zum Vorjahr im ersten Halbjahr 2024 wieder an. Es wurden im ersten Halbjahr 17,9 % der Vorfälle (248) dieser Erscheinungsform zugeordnet, im gesamten Jahr 2023 waren es 11 % (145 Vorfälle). Dieser Anstieg geht vor allem auf Verschwörungserzählungen zurück, die sich um das Massaker vom 7. Oktober entwickelten und vor allem in Social-Media-Kommentaren verbreitet wurden. So wurde u. a. behauptet, der 7. Oktober sei eine False Flag-Operation gewesen, um die militärische Intervention in Gaza zu legitimieren. Die Vergewaltigungen israelischer Frauen wurden geleugnet und als „Fake news“ oder „Propaganda“ charakterisiert. Hier wurden zwei klassische Motive des modernen Antisemitismus aufgerufen: Zum einen die im Geheimen mit sinistren Zielen wirkenden und manipulierenden Juden, zum anderen die von Juden beherrschten Medien, die Fehlinformationen verbreiten; in beiden Fällen geht es also um die Zuschreibung einer besonderen jüdischen Macht. Ein weiterer Faktor im Anstieg von Vorfällen des modernen Antisemitismus ist die hohe Zahl von Massenzuschriften (53), die das Projekt im ersten Halbjahr dokumentiert hat, von denen 43 verschwörungsideologische Inhalte aufwiesen.

Dem **Antijudaismus** wurden im ersten Halbjahr 11 % der Vorfälle (152) zugeordnet. Dies stellt eine deutliche Steigerung der absoluten Vorfalleszahlen dar – im gesamten Jahr 2023 verzeichnete das Projekt 91 Vorfälle dieser Erscheinungsform (7 %). Ein Grund für diese Steigerung liegt in der häufigen Verwendung antijudaistischer Motive zur Dämonisierung Israels, etwa durch die Wortschöpfung „Israhell“ oder die Bezeichnung bzw. Darstellung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu als „Satan“. Auch „Kindermörder Israel“ war als Parole auf Versammlungen und als Schmiererei im Stadtbild präsent. Die Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ rekurriert auf die antisemitische Ritualmord-Legende, der zufolge Kinder umgebracht und ihr Blut im Brot für Pessach verarbeitet würde; die Bezeichnung ist ein Beispiel für die Übertragung tradierter antijudaistischer Topoi auf den Staat Israel.



▲ Charlottenburg, 6. Mai:
Die Darstellung Netanyahus
als Teufel als Plakatmotiv
verbindet Elemente des
Antijudaismus mit israel-
bezogenem Antisemitismus.

TATORTE

Straße und ÖPNV

Der Großteil (347, knapp über 50 %) der antisemitischen Vorfälle außerhalb des digitalen Raums fanden im ersten Halbjahr 2024 auf der Straße statt. In erster Linie handelte es sich dabei um antisemitische Schmierereien, Plakate und Aufkleber, die in einzelnen Bezirken, insbesondere Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte, im Stadtbild besonders präsent waren. Auch die allermeisten der Versammlungen, auf denen RIAS Berlin antisemitische Äußerungen dokumentiert hat, fanden (mit wenigen Ausnahmen, etwa in Form von Sit-ins in einem Einkaufszentrum oder an der Hochschule) auf der Straße statt. Der Antisemitismus ist vielerorts sichtbarer und präsenter geworden. Das hat Auswirkungen auf Jüdinnen und Juden sowie Israelis. Beim Bewegen durch die Stadt waren sie verstärkt mit antisemitischen Äußerungen und Terrorverherrlichungen konfrontiert.

▼ Kreuzberg, 18. Mai:
Plakat auf einer Versammlung.





▲ **Dahlem, 2. Mai:** Antisemitische Vernichtungsdrohung geschmiert auf eine Umzäunung in unmittelbarer Nähe des U-Bahnhofs „Freie Universität“.

Die Straße war außerdem der Ort, wo Menschen häufig Antisemitismus von Angesicht zu Angesicht erlebten (26 Vorfälle), oft durch Unbekannte, denen sie zufällig oder im Umfeld von Versammlungen begegneten. Jüdische Symbole oder Kleidungsstücke wurden zum Anlass für Anfeindungen genommen. RIAS Berlin dokumentierte auch Fälle in denen es das Zeigen von Israelfahnen oder die Teilnahme an Mahnwachen war. Die Betroffenen wurden daraufhin z. B. abwertend als „Zionisten“ beschimpft oder auch angegriffen. Aus dem ÖPNV sind RIAS Berlin 80 Vorfälle bekannt geworden, die sich in S- und U-Bahn, in der Tram, im Bus und im Taxi ereigneten. Unter ihnen fanden sich sieben Angriffe und auch 23 Vorfälle, die von Angesicht zu Angesicht geschahen.

Bildungseinrichtungen

Seit dem 7. Oktober 2023 lässt sich eine deutliche und anhaltende Zunahme von antisemitischen Vorfällen an Berliner Bildungseinrichtungen erkennen: In der ersten Jahreshälfte sind RIAS Berlin mit 74 Vorfällen bereits fast genauso viele Vorfälle bekannt geworden wie im gesamten letzten Jahr. Bildungseinrichtungen sind zudem der Ort, wo sich der Antisemitismus am häufigsten von Angesicht zu Angesicht äußerte (41 Vorfälle), nicht selten gewaltsam in Form von Bedrohungen oder Angriffen.

Schule

Eine besorgniserregende Entwicklung zeichnet sich an den Schulen ab: 27 antisemitische Vorfälle an Schulen wurden RIAS Berlin im ersten Halbjahr gemeldet. Das Projekt geht hier von einem hohen Dunkelfeld aus. Angst vor weiteren Anfeindungen kann z.B. betroffene Schulkinder davon abhalten, die eigenen Erfahrungen zu äußern.⁴ Unter den Vorfällen an Schulen waren vier Angriffe gegen jüdische Schulkinder, bei denen diese geschlagen, gestoßen oder bespuckt wurden, einhergehend mit Beleidigungen und Beschimpfungen. In zwei Fällen wurde jüdischen Kindern mit Bezug auf das Kriegsgeschehen in Gaza Gewalt angedroht. Bei weiteren Fällen handelte es sich um Anfeindungen oder antisemitische Bemerkungen gegenüber jüdischen Schüler_innen. Auch eine jüdische Lehrkraft wurde angefeindet.

Hochschule

30 Vorfälle ereigneten sich an Berliner Hochschulen, die Hälfte von ihnen von Angesicht zu Angesicht. Ähnlich wie an Grund- und Oberschulen wurden jüdische und israelische Studierende von ihren Kommilitonen für die israelische Politik verantwortlich gemacht und angefeindet, etwa indem sie als „Mörder“ beschimpft wurden. Bei einem anderen Fall wurde eine Mitarbeiterin einer Hochschule, die auf dem Campus einen israelfeindlichen Aufkleber entfernte und an deren Rucksack eine Stoffschleife mit den Worten „7.10.2023 #Bringthemhomenow“ zu sehen war, von einem Mann mit den Worten „Dich werden wir kriegern, you're sick“ bedroht. Antisemitische Schmierereien, Aufkleber oder Plakate machten knapp ein Viertel der Vorfälle an Hochschulen aus.

80 % der Vorfälle an Hochschulen ließen sich dem israelbezogenen Antisemitismus zuordnen, womit dieser weiterhin die dominante Erscheinungsform in diesem Kontext darstellte. Die 8 an Hochschulen stattgefundenen Versammlungen, auf denen RIAS Berlin antisemitische Vorkommnisse dokumentiert hat, wiesen jeweils Elemente dieser Erscheinungsform auf: Auf unterschiedliche Weise wurde Israel das Existenzrecht abgesprochen oder etwa die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ skandiert. Insbesondere ab Mai verstärkte sich die Mobilisierung durch Akteur_innen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus und dem linken/antiimperialistischen Spektrum. Es wurden mehrere Protestcamps abgehalten und ein Institutsgebäude der HU-Berlin für zwei Tage besetzt, es kam dabei zu antisemitischen Äußerungen und affirmativen Bezugnahmen zum Terrorangriff der Hamas.

4 Siehe dazu: Brost, Simon; Rasumny, Alexander: Meldepflicht antisemitischer Vorfälle an Schulen. Ein kurze Einschätzung zu Grenzen und Chancen, in: <https://www.anders-denken.info/orientieren/meldepflicht-antisemitischer-vorf%C3%A4lle-schulen-%E2%80%93-eine-kurze-einsch%C3%A4tzung-zu-grenzen-und> (Zugriff am 01.10.24).

Jüdische Meldende berichteten, dass ihr Sicherheitsgefühl an Hochschulen eingeschränkt ist und sie teilweise vermeiden, sich auf dem Campus aufzuhalten.

Neben den am Tatort Hochschule direkt dokumentierten Vorfälle, gab es außerdem Vorfälle, die sich nicht direkt dort ereigneten, aber in einem Zusammenhang mit den Entwicklungen an den Hochschulen stehen. Ein jüdischer Student, der sich an der Hochschule gegen Antisemitismus engagierte, war Anfang Februar von einem Kommilitonen schwer verletzt worden. Der Angriff ereignete sich nicht auf dem Universitätsgelände, scheint aber im Zusammenhang mit den dortigen politischen Auseinandersetzungen zu stehen. Zu den Vorfällen im Hochschulkontext, die nicht dem Tatort selbst zugerechnet wurden, gehörten außerdem Schmierereien im weiteren geografischen Umkreis der Hochschulgelände oder auch Online-Vorfälle, die sich z. B. in Studierenden-Chatgruppen ereigneten.

Wohnumfeld

Auf das Sicherheitsempfinden von Betroffenen wirken antisemitische Vorfälle im Wohnumfeld besonders erschütternd. 37 solcher Vorfälle wurden RIAS Berlin bis zur Jahresmitte gemeldet. Zwar bedeutet dies einen Rückgang im Vergleich zu der Zeit unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023, doch mit dem gesamten Vorjahr verglichen (65 Vorfälle), zeichnet sich eine leichte Steigerung ab. In 22 Fällen waren dabei jüdische oder israelische Personen betroffen. Zwei von ihnen wurden in unmittelbarer Nähe ihres Zuhauses von Nachbar_innen oder anderen Personen aus dem Wohnumfeld physisch angegriffen. Außerdem wurden drei Fälle von Bedrohungen gemeldet sowie fünf Fälle von gezielten Beschädigungen, bei denen u. a. Klingeln und Briefkästen beschädigt oder Schmierereien an und vor der Wohnungs- bzw. Eingangstür angebracht wurden. Auch in diesem Jahr wurden Wohnhäuser von jüdischen Personen mit Davidsternen markiert. Die meisten Vorfälle im Wohnumfeld ereigneten sich in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg (jeweils 7) sowie Mitte und Neukölln (jeweils 5).

Gewerbe und Gastronomie

38 antisemitische Vorfälle, die sich in Einkaufsläden, Veranstaltungsräumen, im Dienstleistungsgewerbe, in Clubs, Restaurants und Cafés ereigneten, wurden RIAS Berlin in der ersten Jahreshälfte bekannt. In einigen Fällen wurden Innenbereiche und Fassaden von Lokalen mit jüdischen oder israelischen Betreiber_innen oder von solchen, die sich gegen Antisemitismus positioniert hatten, mit Schmierereien oder Aufklebern versehen. Es kam in einzelnen Fällen auch zu Angriffen, Bedrohungen und Beleidigungen.

Bezirke

640 antisemitische Vorfälle zwischen Januar und Juni 2024 konnten einem Berliner Bezirk zugeordnet werden. Der Bezirk **Mitte** war mit 192 Vorfällen wie in allen Vorjahren der Bezirk, für den die meisten antisemitischen Vorfälle bekannt geworden sind. Dies erklärt sich u. a. durch das Versammlungsgeschehen, das in Mitte besonders präsent war. So wurden 50 von 96 Versammlungen, in deren Kontext sich antisemitische Vorfälle ereigneten, in Mitte abgehalten. Beide Fälle extremer Gewalt und auch 6 der 23 dokumentierten Angriffe wurden in Mitte verübt.

Auch in **Neukölln** (125 Vorfälle) und in **Friedrichshain-Kreuzberg** (122 Vorfälle) blieb die Anzahl in der ersten Jahreshälfte 2024 auf einem deutlich höheren Niveau. Es sind zwei Bezirke, in denen sich der sprunghafte Anstieg antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober besonders deutlich gezeigt hatte.

Sowohl Mitte als auch Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg zeichneten sich durch ihren hohen Anteil an israelbezogenem Antisemitismus in den Vorfällen aus, jeweils etwa 80 % der Vorfälle wiesen Elemente dieser Erscheinungsform auf. Auch in den meisten anderen Bezirken dominierte der israelbezogene Antisemitismus mit Anteilen zwischen 60 und 77 %. Nur in den Bezirken Spandau und Reinickendorf wiesen weniger als die Hälfte der Vorfälle Elemente dieser Erscheinungsform auf, der Anteil liegt bei 36 % respektive 42 %.



◀ **Neukölln, 15. Juni:** Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus auf einem Aufkleber.

Tempelhof-Schöneberg gehört zu den Bezirken, in denen der Anstieg im Vorfallgeschehen hervorsticht. Wurden hier für das gesamte Jahr 2023 35 Vorfälle dokumentiert, so sind es im ersten Halbjahr 2024 bereits 46 Vorfälle; das ist ein Zuwachs von über 30 % allein im ersten Halbjahr. Darunter sind alle von RIAS Berlin erfassten Vorfälle, auch 4 Angriffe. In diesem Bezirk erlebten Betroffene zudem Vorfälle im Wohnumfeld (7 Vorfälle). An zwei verschiedenen Tagen kam es in Schöneberg zu antisemitischen Vorfällen im Kontext einer Ausstellung zu Migration und Vielfalt. In einem Fall wurden z. B. die Seiten eines Buches über Israel und Deutschland zerrissen.

Der Bezirk **Charlottenburg-Wilmersdorf**, der in den vergangenen Jahren oft ein hohes Aufkommen antisemitischer Vorfälle aufwies, sind dem Projekt im ersten Halbjahr 2024 bislang 35 antisemitische Vorfälle bekannt geworden. Im Vergleich zur Entwicklung des Vorfallgeschehens in den anderen Bezirken fällt der Anstieg antisemitischer Vorfälle hier geringer aus. In Charlottenburg-Wilmersdorf wurden u. a. deutlich weniger Versammlungen durchgeführt, auf denen sich antisemitische Vorfälle ereigneten.

Die 30 Vorfälle im Kontext der Hochschulen sind in erster Linie auf die anhaltende Mobilisierung mit Bezug zum Krieg zwischen Israel und der Hamas in Gaza von Gruppen aus verschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren zurückzuführen. Das hatte Auswirkungen z. B. auf **Steglitz-Zehlendorf**, einen Bezirk mit in den Vorjahren geringen Vorfallzahlen. Im ersten Halbjahr wurden hier bereits 21 Vorfälle verzeichnet, von denen sich 8 an der Hochschule im Bezirk ereigneten.

Die antisemitischen Vorfälle an Schulen ereigneten sich in 9 von 12 Berliner Bezirken.

Online/Offline

Mit 715 Vorfällen machten Online-Vorfälle in den ersten sechs Monaten 2024 knapp 52 % der Gesamtvorfälle aus, 2023 waren es 528 Online-Vorfälle. In der ersten Jahreshälfte lag die Zahl deutlich über der Anzahl dieser Vorfälle im gesamten Vorjahr und hat sie um 35 % überschritten.

In über 90 % (649 Vorfällen) handelte es sich bei den Vorfällen im Internet um antisemitische E-Mails oder Kommentare auf Social-Media-Plattformen, die an jüdische oder israelische Institutionen adressiert waren. Im ersten Halbjahr 2024 wurden bereits mehr als doppelt so viele solcher E-Mails (324) empfangen wie im gesamten Jahr 2023 (154 E-Mails). 222 dieser E-Mails und 176 Social-Media-Kommentare nahmen Bezug auf den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober oder den Krieg zwischen Israel und der Hamas. Jüdinnen_Juden wurden darin z. B. kollektiv für die Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht. In anderen Zuschriften und Kommentaren wurden die Handlungen der

israelischen Regierung mit der antisemitischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gleichgesetzt und z. B. behauptet, Israel würde in Gaza einen weiteren Holocaust durchführen oder dass „Juden die neuen Nazis“ seien.

In den Monaten Februar und März 2024 stellten Online-Vorfälle jeweils etwa zwei Drittel der Vorfälle dar. In diesen Monaten wurde auf einzelne Social-Media-Beiträge von jüdischen Organisationen – mitunter über mehrere Tage verteilt – mit zahlreichen antisemitischen Kommentaren geantwortet. Es handelte sich z. B. um Posts, die Aspekte jüdischen Lebens darstellten, auf die mit einer Vielzahl antisemitischer Hassbotschaften reagiert wurde. Andere Posts, die z. B. dazu aufriefen, den israelischen Vergewaltigungsoptionen vom 7. Oktober zu glauben, wurden mit Kommentaren geradezu überschwemmt, in denen die Fälle von Vergewaltigungen als Lüge oder Propaganda abgetan oder geleugnet wurden. Auch wurde in diesen Kommentaren unter Verweis auf die israelische Politik in Gaza israelischen Frauen abgesprochen, dass sie überhaupt Opfer sein könnten. Wegen der Fülle der antisemitischen Kommentare entschieden einzelne Organisationen, vorübergehend ihre Kommentarfunktion zu deaktivieren.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Im ersten Halbjahr 2024 ließ sich der Großteil der Vorfälle (970; 70 %) **keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund** zuordnen. Trotz der Zuordnung „politisch unbekannt“ kann der entsprechende Vorfall einen bestimmten politisch-weltanschaulichen Hintergrund gehabt haben, die Zuordnung zu „politisch unbekannt“ bedeutet lediglich, dass dieser Hintergrund nicht eindeutig bestimmt werden konnte. Das liegt häufig daran, dass die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus in so unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Spektren verbreitet sind, dass der Inhalt der antisemitischen Äußerung keinen Rückschluss über den Hintergrund zulässt.

Dies trifft z. B. auf über 90 % der dokumentierten Schmierereien zu. Die Verantwortlichen waren in diesen Fällen selten zu identifizieren, und bestimmte Parolen werden spektrienübergreifend verwendet. So könnte „From the River to the Sea, Palestine will be free“ u. a. von Aktivist_innen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus, aus dem linken-antiimperialistischen Spektrum, aus dem islamisch-islamistischen Spektrum geschmiert werden oder auch von einer Person, die sich keinem politischen Spektrum zugehörig fühlt. Die Parole „Terrorstaat Israel“ ist sowohl eine verbreitete Parole auf israelfeindlichen Versammlungen als auch ein gängiges rechtsextremes Aufklebermotiv. Eine entsprechende Schmiererei lässt sich folglich ohne weiteren Kontext nicht eindeutig zuordnen.

Von Januar bis Juni 2024 konnten 112 von 137 Vorfällen, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten, keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden.

In vielen Fällen waren Jüdinnen und Juden oder als solche adressierte Personen spontan mit antisemitischen Kommentaren oder Handlungen durch völlig Unbekannte konfrontiert. Darunter fallen Beschimpfungen wie „du Judensau“ oder „Scheißjuden“ oder andere abwertende Bezüge auf „Jüdisches“, die keinen Anhaltspunkt bieten, um sie einem politischen Milieu zuzuordnen.

Zwar wäre es z. B. naheliegend, positive Bezüge auf Hitler oder eine Befürwortung der Schoa einem rechtsextremen Hintergrund zuzuordnen. In anderen politisch-weltanschaulichen Spektren äußert sich der Antisemitismus aber teilweise auf vergleichbare Weise, sodass positive Bezüge auf die nationalsozialistische Vernichtungspolitik nicht nur innerhalb des rechtsextremen Milieus geäußert werden, sondern darüber hinaus verbreitet sind.

▼ **Alt-Treptow, 26. Juni:**
Schoa-befürwortende
Schmiererei auf einem
Restauranttisch.



Die meisten Vorfälle, die einem politisch-weltanschaulichem Spektrum zugeordnet werden konnten, wurden wie bereits im Vorjahr dem **antiisraelischen Aktivismus** zugeordnet (204 Vorfälle). Das sind 14,8 % der gesamten Vorfälle. Ein zentraler Faktor ist hier das Versammlungsgeschehen in Berlin. Im ersten Halbjahr dokumentierte RIAS Berlin im Durchschnitt wöchentlich knapp drei Versammlungen, auf denen sich antisemitische Vorfälle ereigneten, aus diesem politischen Spektrum. Seit dem 7. Oktober ist eine kontinuierliche Mobilisierung innerhalb dieses Spektrums zu Versammlungen im öffentlichen Raum festzustellen, die von einer gezielten Mobilisierung online, vor allem auf Social Media, begleitet und verstärkt wird. Im ersten Halbjahr hat sich diese Entwicklung auf hohem Niveau gefestigt. Ausgangspunkt dieser Entwicklung sind allerdings nicht allein der 7. Oktober und die Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas, RIAS Berlin stellte vielmehr für dieses Spektrum in den vergangenen Jahren immer wieder ein hohes Mobilisierungspotenzial fest, das zu verschiedenen Anlässen aktiviert werden konnte.

Dem **verschwörungsideologischen** Spektrum ließen sich 68 Vorfälle (4,9 %) zuweisen. Bei etwa 68 % dieser Vorfälle handelte es sich um verschwörungsideologische Massenzuschriften. Vorfälle, die diesem Spektrum zugeordnet wurden, wiesen bis zu 90 % Elemente des modernen Antisemitismus auf. Imaginationen über eine jüdische geheime Macht spielen hier eine zentrale Rolle. Der Anteil von Vorfällen, die dem **rechtsextremen** Spektrum zugeordnet werden konnte (54 Vorfälle; 3,9 %), ist im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig (2023: 80 Vorfälle; 6,3 %).

Dem **linken/antiimperialistischen** Spektrum wurden, wie im Vorjahr, 2,9 % der Vorfälle (40) zugeordnet. Der Anteil von Vorfällen aus dem **islamisch/islamistischen** Milieu liegt bei 1,4 % (20 Vorfälle).

Die wenigsten Vorfälle wurden dem Spektrum der **politischen Mitte** (16 Vorfälle; 1,2 %) und dem **christlich/christlich fundamentalistischen** Milieu (11 Vorfälle; 0,8 %) zugeordnet.



▲ Wedding, 2. Juni: Plakat auf einer Versammlung, das das Existenzrecht Israels infrage stellt.

DIE STATISTIK AUF EINEN BLICK JANUAR BIS JUNI 2024

Antisemitische Vorfälle nach Berliner Bezirken



Vorfälle nach Kategorien

Extreme Gewalt 2



Angriffe 23



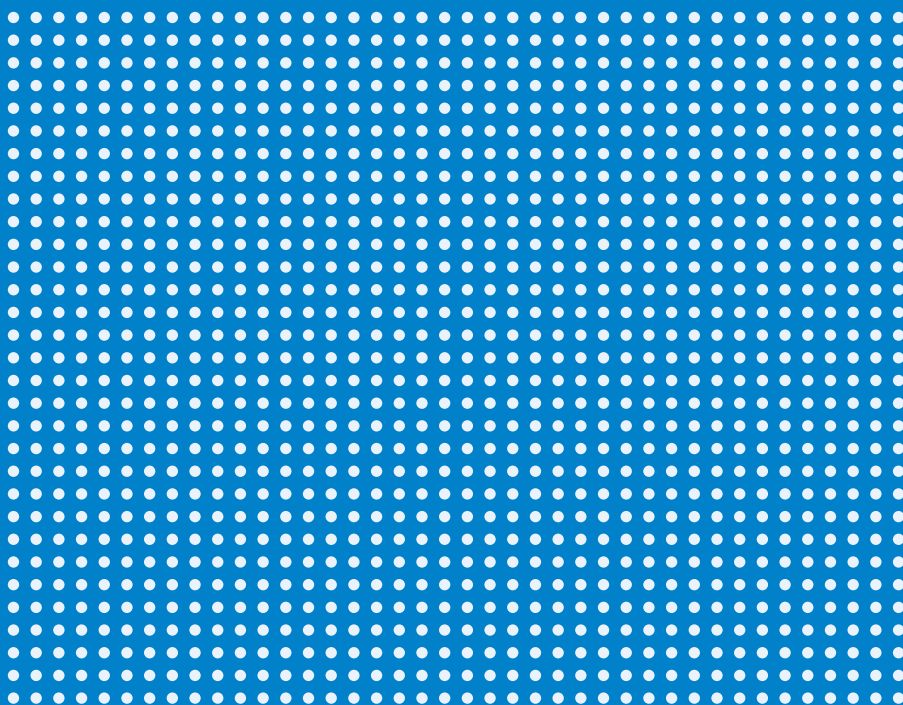
Gezielte Sachbeschädigungen 37



Bedrohungen 28



Verletzendes Verhalten 1240

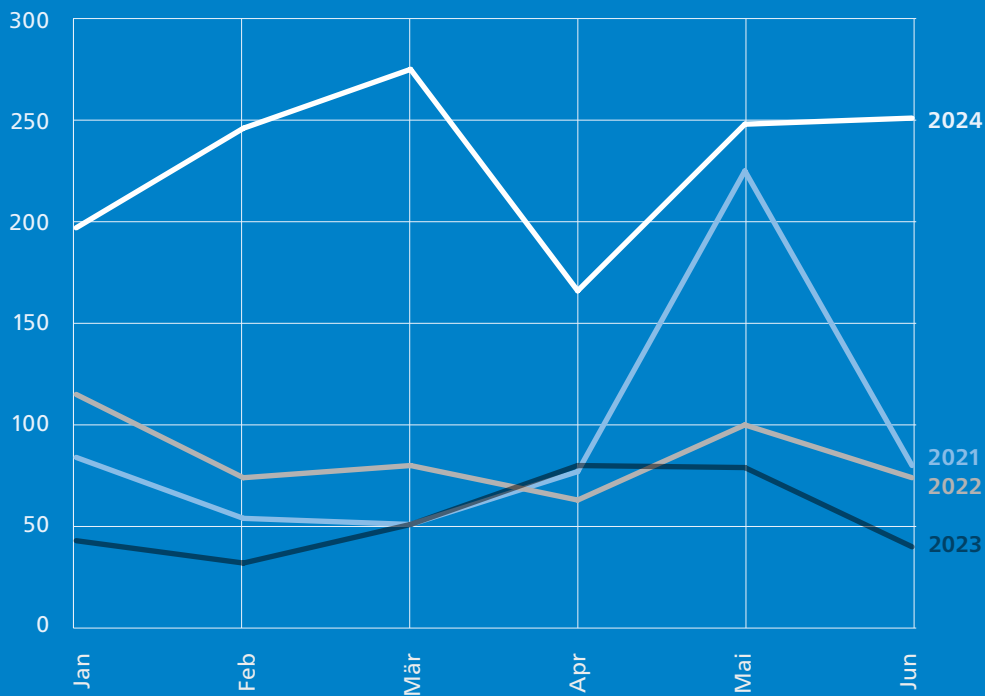


Massenzuschriften 53



Gesamt 1383

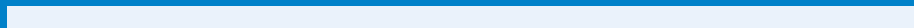
nach Monaten



Jahr	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Januar	197	43	115	84	94	72	78	68
Februar	246	32	74	54	64	82	91	88
März	275	51	80	51	56	69	56	77
April	166	80	63	77	65	80	106	98
Mai	248	79	100	225	88	73	163	100
Juni	251	40	74	80	75	79	85	84

Betroffenengruppen

Jüdische/Israelische Institutionen 657



Jüdische/Israelische Einzelpersonen 193



Adressiert als politische Gegner_innen
(Einzelpersonen und Institutionen) 30



Unbekannte/Sonstige
(Einzelpersonen und Institutionen) 30



Gedenkstätte
(Einzelpersonen und Institutionen) 29



Adressiert als jüdisch
(Einzelpersonen und Institutionen) 13



Zivilgesellschaft
(Einzelpersonen und Institutionen) 8



Partei
(Einzelpersonen und Institutionen) 2



Polizei
(Einzelpersonen und Institutionen) 2



Erscheinungsformen

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich.

Israelbezogener Antisemitismus

990 Fälle/71,6 % 

Antisemitisches Othering

672 Fälle/48,6 % 

Post-Schoa-Antisemitismus

462 Fälle/33,4 % 

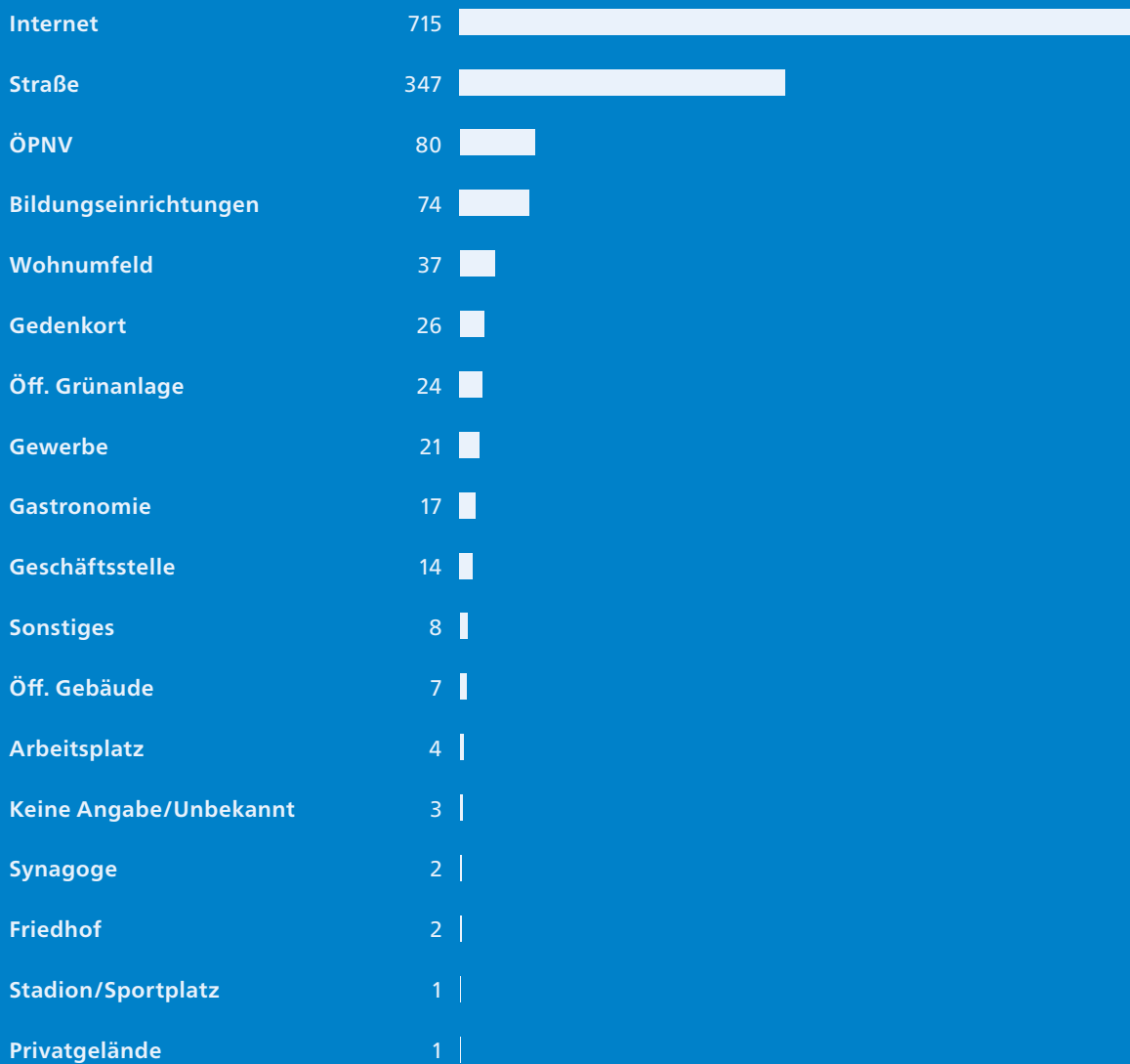
Moderner Antisemitismus

248 Fälle/ 17,9 % 

Antijudaistischer Antisemitismus

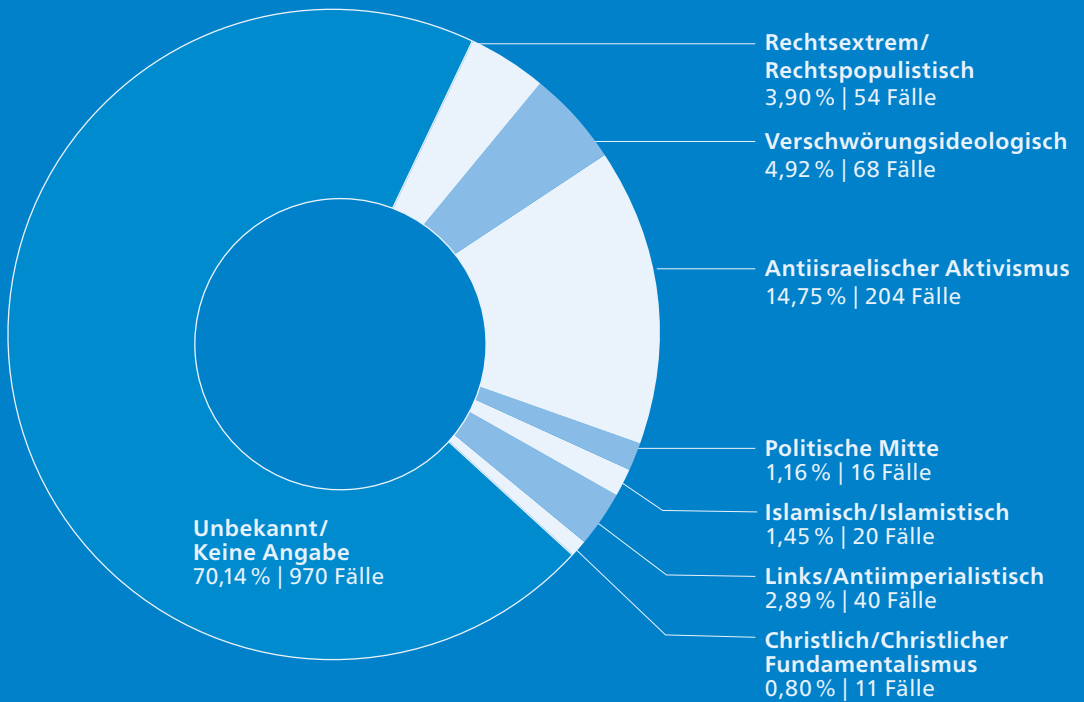
152 Fälle/11,0 % 

Antisemitische Vorfälle nach Tatorten



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Jeder Fall wird nur einer Kategorie zugeordnet



ISOLATION, VERWEIGERTE SOLIDARITÄTEN UND VERNICHTUNGSBOTSCHAFTEN

Von Tabea Adler, OFEK e. V.

Seit dem 7. Oktober 2023 haben sich die strafbaren und nicht-strafbaren antisemitischen Vorfälle in Berlin deutlich verstärkt, das zeigt der vorliegende Bericht von RIAS Berlin. Auch die Zahl der Beratungsfälle von OFEK e. V. ist drastisch gestiegen: Seit dem Terrorangriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023 bis Ende September 2024 erreichten OFEK Berlin 990 Beratungsanfragen. Die aktuelle Zahl der Beratungsanfragen auf dem Bundesgebiet übertrifft mit 1.858 Anfragen die Gesamtzahl aller Beratungsanfragen seit dem Bestehen der Beratungsstelle.⁵ Dieses Jahr hat damit auch die unterstützenden Strukturen für von Antisemitismus Betroffenen nachhaltig und unwiderruflich verändert. Diese Vielzahl an Beratungsanfragen reichen von verbaler Gewalt, über Bedrohung bis hin zu körperlichen Angriffen. Diese Gewaltakte geschehen nicht nur im Rahmen von Demonstrationen, sondern und gerade auch im Alltag.

Diese Situation zeigt sich besonders auch in Schulen: Kinder verstecken sich aus Angst vor Gewalt in den Pausen auf der Toilette, und Lehrkräfte sind oft überfordert. Kinder und Jugendliche erhalten in Chatgruppen furchtbare und gewaltvolle Nachrichten und Bilder, z. T. Hamas-Propaganda, werden bedroht, angespuckt und körperlich angegangen oder von Klassenchats ausgeschlossen. Schüler*innen vermeiden nicht nur, ihre jüdische Identität offenzulegen, sondern wägen ab, wer es bereits weiß und was das für Konsequenzen haben könnte. Sie erleben eine extreme Solidaritätsverweigerung.⁶ Es wurde in den letzten Monaten sehr deutlich, dass Antisemitismus weniger versteckt geäußert oder gezeigt wird. Die Intensität, die Direktheit, die Sagbarkeit und der Gewaltgehalt des Erlebten, dessen, was Ratsuchende in den Beratungen schildern, hat sich dramatisch verstärkt. Auch Universitäten sind kein sicherer Ort mehr und ein Schauplatz für antisemitische Rhetorik und Handlungen. Viele Studierende bleiben Veranstaltungen oder Bibliotheken fern, da sie die Situationen nicht ertragen wollen und können.⁷ Besonders alarmierend ist, dass sich politische Gruppen unterschiedlichster Haltungen im Antisemitismus vereinen, was die konstant hohe Bedrohungslage zusätzlich verstärkt. Diese kollektive Unsicherheit betrifft nicht nur Einzelpersonen, sondern die gesamte jüdische Gemeinschaft, die sich zunehmend isoliert fühlt.

5 Mehr dazu: https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/10/OFEK_Beratungsstatistik_2023-24.pdf

6 Vgl. auch zur Situation an Schulen: Verweigerte Solidarität <https://www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/verweigerte-solidaritaet>

7 Mehr dazu: https://report-antisemitism.de/documents/2024-06-25_rias-bund_Pressemitteilung_Jahresbericht_23.pdf

Verstärkt wird dieses Gefühl durch den Verlust an Solidarität. Viele Jüdinnen und Juden berichten, Freundschaften verloren zu haben, weil antisemitische Äußerungen in ihrem Umfeld zugenommen haben. Die Auswirkungen der körperlichen und verbalen Gewalt gehen weit über die direkten Betroffenen hinaus. Viele Jüdinnen und Juden ziehen sich zurück, und jüdische Identitäten werden zunehmend unsichtbarer.

Besonders beunruhigend und bedrohlich ist, dass viele dieser antisemitischen Vorfälle und Angriffe eine Botschaft tragen, die zur Vernichtung jüdischen Lebens aufruft. Noch beunruhigender ist es, dass die breite Gesellschaft diese Botschaften, auch wenn nur stillschweigend, mitzutragen scheint. Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai beschreiben in einem Artikel den „7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities: Antisemitismus und genozidale Botschaften“, dass dieses gesellschaftliche Klima „nicht nur physische Bedrohung, sondern auch das Vertrauen in den Schutz durch den Staat und die Solidarität der Gesellschaft erschüttert“.⁸ Die Kombination aus antisemitischer Gewalt, der wachsenden sozialen Isolation und dem Verlust von Freundschaften hat die jüdischen Gemeinschaften in eine besorgniserregende Lage versetzt. Die Vernichtungsaufrufe verstärken das Gefühl eines kollektiven Traumas, da jeder Angriff und jede Bedrohung die Unsicherheit in der gesamten jüdischen Community steigern.⁹ Um diese komplexe gesellschaftliche Situation zu bewältigen, braucht es nicht nur verstärkte Schutzmaßnahmen, sondern auch ein erneuertes gesellschaftliches Engagement der breiten Bevölkerung, um die Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung sichtbar(er) zu machen und das brüchige Vertrauen in den Zusammenhalt und die grundlegende Sicherheit wiederherzustellen.

8 Chernivsky, Marina und Lorenz-Sinai, Friederike. „Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities: Antisemitismus und genozidale Botschaften.“ Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 2024, Nr. 25–26. Bundeszentrale für politische Bildung. URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2024-25-26_online_Antisemitismus.pdf

9 Vgl. auch zu der Rolle der Polizei und Strafverfolgung: Tabea Adler und Marina Chernivsky (2023): Antisemitismus und Polizei aus der Betroffenenperspektive. In: Christoph Kopke und Samuel Salzborn (Hrsg.) Antisemitismus und Polizei: das Beispiel Berlin.

HANDLUNGSSTRATEGIEN IM UMGANG MIT ANTISEMITISMUS

– BERICHT AUS DER
BERATUNGSPRAXIS DER
MOBILEN BERATUNG GEGEN
RECHTSEXTREMISMUS BERLIN

RIAS Berlin: Der 7. Oktober war eine Zäsur. Hatte sie auch Auswirkungen darauf, welche Beratungsbedarfe die MBR erreichen?

MBR: Ja, wir erhielten eine Vielzahl von Anfragen von jüdischen oder antisemitismuskritischen Personen und Einrichtungen. Meist ging es dabei um Einschüchterungen, Bedrohungen und Sachbeschädigungen. Außer aus privaten Kontexten wurde die MBR vor allem aus den Bereichen Kunst und Kultur – z. B. von Clubs, Festivals, Theater, Museen – sowie von Schulen und Hochschulen angefragt. Für einige Initiativen und Bündnissen stellte und stellt der Umgang mit Antisemitismus eine große Belastungsprobe dar. Insbesondere die Auseinandersetzung im Spannungsfeld von Rassismus und Antisemitismus ist ein Querschnittsthema geworden. Wir nehmen hier aus allen Bereichen ein starkes Bedürfnis nach Orientierung wahr.

RIAS Berlin: Seht ihr Änderungen in den Strategien und Handlungsweisen der Akteur_innen, die sich antisemitisch äußern oder handeln?

MBR: Recht neu in diesem Zusammenhang ist das Sammeln und Veröffentlichen von personenbezogenen Daten („Doxxing“). Personen, die sich gegen Antisemitismus engagieren, sollen so eingeschüchtert werden. Diese Feindmarkierungen gab es online, aber auch offline, beispielsweise durch rote „ Hamas-Dreiecke“ an Wohnhäusern oder Arbeitsorten. Außerdem beobachten wir eine Zunahme von Boykottaufrufen gegenüber jüdischen oder antisemitismuskritischen Personen und Einrichtungen.

RIAS Berlin: Das passt zu den Zahlen von RIAS Berlin: Das Projekt hat 2024 verstärkt Angriffe und Anfeindungen gegen Projekte, Einrichtungen und Personen verzeichnet, die sich gegen Antisemitismus positionieren oder engagieren. Gibt es bestimmte Handlungsstrategien, wie man solchen Einschüchterungen begegnen kann?

MBR: Betroffene Personen und Einrichtungen sollten sich frühzeitig Unterstützung von spezialisierten Beratungsstellen wie uns einholen. Oft hilft es auch, das persönliche Umfeld zu informieren, um sich hier konkreten Beistand zu organisieren. Alltägliche Routinen können verändert, juristische Expertisen hinzugezogen oder die Auskunftssperre im Melderegister beantragt werden. Bei Online-Bedrohungen ist es wichtig, rechtssichere Screenshots anzufertigen. Für Veranstaltungen empfehlen wir das Durchspielen von möglichen Szenarien und das Erstellen eines Handlungs- und Sicherheitskonzepts mit präzisen Absprachen, Verantwortlichkeiten und Reaktionsketten.

ANTISEMITISMUS UND TERRORVERHERRLICHUNGEN: ANTISEMITISMUS AUF ISRAELFEINDLICHEN VERSAMMLUNGEN IN BERLIN IN DER ERSTEN JAHRESHÄLFTE 2024

Bereits am 7. Oktober 2023 und in den Tagen danach kam es zu antisemitischen und terrorverherrlichenden Reaktionen auf den Straßen Berlins: Die Massaker der Hamas und anderer Terrorgruppen an der israelischen Zivilbevölkerung im Süden Israels wurden legitimiert und als „Widerstand“ bzw. „resistance“ glorifiziert. In den darauffolgenden Monaten bis zum Ende des Jahres 2023 dokumentierte RIAS Berlin 56 Versammlungen, bei denen es zu antisemitischen Vorfällen kam. Nahezu alle (55) dieser Versammlungen fanden in Bezug zum 7. Oktober und den sich anschließenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas in Gaza statt. Auch 2024 diente der 7. Oktober und der Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza als Anlass für eine breite und anhaltende Mobilisierung: Das Versammlungsgeschehen in der ersten Jahreshälfte schloss nahtlos an die Dynamik der letzten Monate des Vorjahres an und bewegte sich auf einem anhaltend hohen Stand.

Eine Versammlung wird als antisemitischer Vorfall erfasst, wenn in Redebeiträgen, auf Transparenten, auf Plakaten oder in gerufenen Parolen antisemitische Äußerungen dokumentiert wurden. Durch Meldungen, Monitoring sowie aus der Presseberichterstattung konnte RIAS Berlin in den Monaten Januar bis einschließlich Juni 2024 bei 96 Versammlungen antisemitische Inhalte in Reden, auf Schildern oder in Parolen feststellen. Durchschnittlich dokumentierte RIAS Berlin drei bis vier Versammlungen mit antisemitischen Vorkommnissen pro Woche. Das bedeutet nicht, dass antisemitische Inhalte die jeweilige Versammlung dominierten. Gleichwohl boten diese Versammlungen eine öffentlichkeitswirksame Plattform für antisemitische Äußerungen.

Von den 96 im ersten Halbjahr 2024 dokumentierten Versammlungen wiesen 87 einen Bezug zu den Hamas-Massakern vom 7. Oktober und dem daraufhin einsetzenden Krieg zwischen Israel und der Hamas in Gaza auf. Darunter waren Versammlungen mit wenigen hundert bis einigen tausend Teilnehmer_innen. Auf den Versammlungen demonstrierten häufig verschiedene politisch-weltanschauliche Spektren gemeinsam. Auch die Versammlungs- und Veranstaltungsformate waren durchaus divers: Neben Versammlungen, Kundgebungen und Sit-Ins, handelte es sich vereinzelt um temporäre Protestcamps, so etwa auf dem Universitätscampus der FU Berlin oder vor dem Bundestag, ferner um Besetzungen, hervorzuheben ist hier die Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität Berlin am 23. Mai 2024, sowie um Veranstaltungsstörungen. Bei weiteren Versammlungen handelte es sich um jährlich stattfindende Versammlungen wie die Demonstration am 1. Mai oder Versammlungen anlässlich des sogenannten Nakba-Tags. Auch diese griffen allerdings das Kriegsgeschehen zwischen Israel und der Hamas und die Terrorangriffe vom 7. Oktober auf. Auch bildeten Versammlungen anderer thematischer Ausrichtungen eine Plattform für die Instrumentalisierung durch Akteur_innen des Spektrums des antiisraelischen Aktivismus, wie die Versammlungen zum Gedenken an den rassistischen Anschlag von Hanau.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der Versammlungen und Akteur_innen

77 der 96 dokumentierten Versammlungen in dem betrachteten Zeitraum von Januar bis Juni 2024 konnte RIAS Berlin dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zuordnen. Überdies wurden 11 der dokumentierten Versammlungen dem linken/antiimperialistischen Spektrum zugewiesen sowie 2 dem islamisch/islamistischen und eine Versammlung dem verschwörungsideologischen Spektrum.

Für die Versammlungen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus gilt, dass die beteiligten Personen und Gruppen oft sehr heterogen sind, aber bei den Versammlungen die israelfeindliche Motivation gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt. So demonstrierten beispielsweise bei einer Kundgebung am 27. Mai 2024 auf dem Alexanderplatz linke/antiimperialistische Gruppen und Einzelpersonen gemeinsam mit Akteur_innen aus palästinensisch-nationalistischen und islamisch/islamistischen Milieus. In einer Rede sprach ein Akteur aus dem islamistischen Spektrum wiederholt vom „sogenannten Israel“. Der Sprecher ist ein relevanter Akteur der Organisation „Generation Islam“, die laut Sicherheitsbehörden zum Umfeld der verbotenen „Hizb ut-Tahrir“ (HUT) gehört. Er legitimierte außerdem den Terror der Hamas durch eine religiöse Auslegung des Koran als „Notwehr“.

Zu Versammlungen, die das Projekt dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zuordnete, mobilisierten neben langjährigen aktiven politischen Gruppen und Zusammenhängen wie etwa „Palästina Spricht“ auch linke/antiimperialistische Gruppen. Neue Gruppen und Zusammenhänge entstanden, die insbesondere online unterschiedliche Milieus für das israelfeindliche Versammlungsgeschehen mobilisierten. Beispiele dafür sind die Gruppen „Justice48“ und „PA Allies“.

Die Gruppe PA Allies, die seit Anfang des Jahres 2024 als Gruppe in Erscheinung getreten ist, ist ein Beispiel dafür, wie es gelingt, Akteur_innen aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum anzusprechen, insbesondere Personen aus queeren, antirassistischen und post-/dekolonialen Gruppen und Zusammenhängen. Inhaltlich knüpfte die Gruppe an populäre linke, antirassistische und post-/dekoloniale Narrative an. Im Zentrum stand dabei, Israel als koloniales Projekt und rassistisches Unterfangen zu delegitimieren. Der Kampf gegen Israel wurde in das Narrativ eines globalen Befreiungskampfes eingewoben.

Viele Versammlungen zeigten ein heterogenes Bild hinsichtlich der vertretenen politisch-weltanschaulichen Spektren. Dass Akteur_innen aus verschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren regelmäßig gemeinsam auf Versammlungen auftreten, zeigt, dass die geteilte israelfeindliche Haltung mitunter als verbindendes Element zwischen verschiedenen, sich sonst in keiner Weise nahestehenden politischen Milieus wirken kann.

Erscheinungsformen antisemitischer Inhalte

Israelbezogener Antisemitismus war die dominierende Erscheinungsform unter den antisemitischen Inhalten, die bei Versammlungen im ersten Halbjahr 2024 festgestellt wurden. In 95 der 96 dokumentierten Fälle kam es zu entsprechenden Äußerungen. Hier setzte sich eine Entwicklung fort, die das Projekt bereits für die Versammlungen seit dem 7. Oktober 2023 feststellte: Auf 52 der 56 Versammlungen, die für den Zeitraum vom 7. Oktober bis zum 31. Dezember 2023 dokumentiert wurden, kam es zu Vorfällen mit Elementen von israelbezogenem Antisemitismus.

Ein Beispiel verdeutlicht, wie unterschiedliche Erscheinungsformen des Antisemitismus in entsprechenden Äußerungen und Darstellungen ineinandergreifen: Auf einer Versammlung am 20. April 2024 trug eine Teilnehmerin ein Schild mit der Aufschrift „Satanyahu and his bitches“, das außerdem ein Bild von Netanyahu mit Hitlerbart, großen Ohren und großer Nase sowie Teufelshörnern zeigte. An der Leine hält er drei Hunde, die jedoch statt Köpfe die Flaggen von Deutschland, USA und UK haben. Das Schild verbildlicht die moderne antisemitische Verschwörungserzählung des „Juden“ als übermächtigem Strippenzieher, der in der Lage ist, die einflussreichsten Nationen dieser Welt für sich handeln zu lassen. Netanyahu wird außerdem mit Hitler und dem Teufel identifiziert. Hier werden über die Darstellung der stereotypen Physiognomie, des Weiteren über das Bild jüdischer Allmacht sowie über eine historische und eine dämonisierende Analogie der israelbezogene Antisemitismus, Othering, moderner Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus und Antijudaismus in einem Bild vereint.

Historische Analogien zu Schoa und Nationalsozialismus sind ein Merkmal von Post-Schoa-Antisemitismus, der im Kontext von 27 Versammlungen dokumentiert wurde. Bei einer Demonstration am 27. April 2024 zeigte z. B. eine Person ein Plakat mit der Aufschrift „N*ZIS yesterday, ZIONISTS today“. Bei einer Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 27. Mai 2024 trug ein Teilnehmer ein Schild mit der Aufschrift „Rafah Holocaust“. Hier wird eine Gleichsetzung der israelischen Politik mit der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten betrieben, in dem zuerst genannten Fall wird der Zionismus als Nationalsozialismus der Gegenwart bezeichnet. Auf 23 Versammlungen wurden Vorfälle verzeichnet, bei denen traditionelle Symbole und Bilder des Antijudaismus verwendet wurden, um die israelische Politik zu beschreiben. Es gab die Abbildung von „Teufelsgestalten“, und auch der Mythos der jüdischen Brunnenvergifter wurde aufgerufen. So behauptete auf einer Kundgebung am 26. Juni 2024 auf dem Potsdamer Platz ein Redner, die Israelis hätten in Gaza alle Brunnen vergiftet. Sie hätten „Sachen in die Brunnen reingesteckt, die nicht nur Krankheiten verursachen, sondern auch krebserregend“ seien. Auch die verbreitete Parole „Kindermörder Israel“ bezieht sich auf die antisemitische Ritualmord-Legende, der zufolge Kinder von Juden umgebracht und ihr Blut im Brot für Pessach verarbeitet würde.

RIAS Berlin dokumentierte außerdem bei 6 Versammlungen Vorfälle von modernem Antisemitismus und bei 5 Versammlungen Vorfälle antisemitischen Otherings. So bediente beispielsweise ein Redner bei einer Demonstration der Gruppe Justice48 am 1. Juni 2024 verschiedene Verschwörungserzählungen des modernen Antisemitismus, indem er von „dunklen“ und „bösen Mächten“ sprach, die angeblich „versuchen, zwischen uns Zwietracht zu säen, die versuchen, zwischen uns Gift zu schüren und Hass zu schüren.“ Weiter sagte er: „Unser Feind ist eine krankhafte Idee, dessen Anhänger Fanatiker und geistesranke Mörder sind. Es geht darum, diese Ideologie zu bekämpfen, und sie nennt sich Zionismus“; er erhielt daraufhin Applaus und Jubel aus dem Publikum. Er fuhr fort: „Denn ganz gleich, ganz gleich wie mächtig sie sind, ganz gleich, wie viel Einfluss sie haben und ganz gleich, wie viel sie uns diffamieren, sie mögen die Lüge beherrschen, aber die Wahrheit ist hier mit uns auf der Straße.“ Auch hier wird wieder das Bild der jüdischen Allmacht aufgerufen.

Auch beim folgenden Beispiel für antisemitisches Othering zeigt sich die Verschränkung mit israelbezogenem Antisemitismus. Eine Teilnehmerin einer Versammlung wandte sich am 15. Juni 2024 am Rand einer Demonstration an die Teilnehmer_innen einer Gegenkundgebung. Sie leugnete die Gewalt der Hamas, sprach dem israelischen Staat die Existenz ab, aber auch Teilnehmer_innen der Gegendemonstration wurde ihr Mensch sein und ihre jüdische Identität abgesprochen. Dies integrierte sie zudem in eine vermeintlich antirassistische, anti-imperialistische und de-/postkoloniale Erzählung: „Sie interessieren sich für ihren Mörderstaat, für etwas, was nicht real ist. [...] Was euch vereint, ist eure Hautfarbe, die weiße Vorherrschaft. Das ist das, wofür ihr steht: Imperialismus, Kapitalismus, Tod, Mord“.



- ◀ **Mitte, 20. April:** Plakat mit der Aufschrift „Satanyahu and his Bitches“ auf einer israelfeindlichen Versammlung. Auf dem Plakat wird Netanyahu als Teufel und Hitler dämonisiert, er hält außerdem USA, UK und Deutschland an der Leine – jüdische Allmacht ist ein klassisches Motiv des modernen Antisemitismus.

Foto: JFDA

- ▼ **Mitte, 27. Mai:** Schoa bagatellisierendes Plakat auf einer israelfeindlichen Versammlung.



Bezirke und Tatorte

Bei dem durch RIAS Berlin dokumentierten Versammlungsgeschehen zeigen sich deutlich lokale Schwerpunkte in den Innenstadtbezirken. Insbesondere Mitte sticht mit 50 Versammlungen heraus, gefolgt von Neukölln mit 14 Versammlungen in der ersten Jahreshälfte und Friedrichshain-Kreuzberg mit 12 Versammlungen. Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf liegen mit jeweils 6 Versammlungen gleichauf. In Steglitz-Zehlendorf fanden 4 Versammlungen statt, die sich an der Freien Universität Berlin ereigneten. Weitere Versammlungen verzeichnete das Projekt in Pankow (2), Lichtenberg (1) und Marzahn-Hellersdorf (1).

Die meisten der im Versammlungskontext dokumentierten antisemitischen Vorfälle ereigneten sich auf der Straße (80) und in öffentlichen Grünanlagen.

RIAS Berlin erfasste 8 Versammlungen an Hochschulen auf denen es zu antisemitischen Äußerungen kam. Bei den Versammlungen an den Hochschulen kam es auch zu antisemitischen und terrorverherrlichenden Äußerungen und Schmiereereien, z. B. im Rahmen der Besetzung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der HU Berlin: Neben einer Vielzahl von roten Dreiecken war dort beispielsweise zu lesen: „al-Qassam“ mit Herz darüber, „long live armed resistance/ long live the intifada“ und „From the river to the sea, Israel will never be“.

Mit der „Student Coalition Berlin“, die dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden kann, entstand Ende Oktober 2023 ein Zusammenhang, der die Aktivitäten an den einzelnen Hochschulen koordinierte, zusammenführte und selbst zu Aktionen aufrief bzw. diese initiierte. Die Proteste waren öffentlichkeitswirksam und trugen dazu bei, dass die Inhalte aufgegriffen und breiter diskutiert wurden.

Auch an den Hochschulen agierten Gruppen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus gemeinsam mit solchen aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum. So beteiligten sich z. B. an einer vom „FU Palestine Committee“ am 8. Februar 2024 veranstalteten Versammlung vor der Mensa der FU Akteur_innen der Gruppen „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ und „PA Allies“ sowie der antiimperialistischen Gruppe „Revolutionäre Kommunistische Internationale“ (RKI).

Terrorverherrlichung und antisemitische Feindmarkierung

Es kam auf Versammlungen auch zu Terrorverherrlichungen z. B. durch die Glorifizierung islamistischer Terrorgruppen (u. a. Hamas, Hisbollah, Houthis), die als Teil des „Widerstands“ bezeichnet wurden. Diese positive Bezugnahme auf den „Widerstand“ zeigte sich auch in der Nutzung des „roten Dreiecks“, eines Symbols, das die Hamas in ihrer Propaganda nutzt, um Feinde zu markieren. Auf Versammlungen wird das Dreieck auf Plakaten gezeigt, entsprechende Aufkleber werden verklebt oder es wird ein Dreieck mit den Fingern gebildet, um damit Gegner_innen, z. B. Gegendemonstanz_innen oder Journalist_innen, zu markieren. RIAS Berlin differenziert zwischen Fällen von Terrorverherrlichung und antisemitischen Vorfällen. Die Verherrlichung des Terrors, beispielsweise durch Intifada- oder Hamas-Sprechchöre oder durch das Zeigen roter Dreiecke, wertet RIAS Berlin nur dann als Vorfall, wenn sie explizit mit antisemitischen Äußerungen einhergeht oder wenn gezielt Jüdinnen oder Juden, jüdische Einrichtungen oder jüdische Symbole als Feind/feindlich markiert werden.

- ▼ **Prenzlauer Berg, 8. Juni:** Mehrere Teilnehmende einer israelfeindlichen Versammlung ahmen mit ihren Fingern Dreiecke nach – vermutlich eine Referenz auf die roten Dreiecke, die zur Feindmarkierung verwendet werden.



Die Verwendung des Dreiecks ist nicht nur Teil einer Markierungspraxis, sondern kann auch als eine Solidaritätshandlung mit den Taten der Hamas oder mit der Terrororganisation selbst gedeutet werden. Das Symbol wird auf Transparenten und Schildern gezeigt, als Motiv auf Kleidungsstücken, Ketten- oder Schlüsselanhängern getragen sowie mit den Fingern geformt. Das Zeigen des Symbols war mitunter von Rufen mit antisemitischen und/oder terrorverherrlichenden Parolen begleitet. So kam es beispielsweise am 22. Juni 2024 zu einem nicht angemeldeten Sit-In im Einkaufszentrum Alexa am Alexanderplatz. Ungefähr 60 Personen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus skandierten Parolen wie „From the river to the sea, Palestine will be free“, „Zionism is a crime“ oder „Viva viva Intifada“. Die Teilnehmer_innen verklebten Aufkleber mit roten Dreiecken, formten Dreiecke mit ihren Händen und behinderten die Arbeit der Presse. Ein Journalist wurde angespuckt. Das rote Dreieck hat auch außerhalb des Versammlungsgeschehens Wirkung gezeigt. Es war im Berliner Stadtbild zu sehen, z. B. wurden jüdische Symbole mit roten Dreiecken beschmiert, und es war in Social-Media-Beiträgen zu finden.

▼ **Mitte, 6. April:** „Zionistisch“ war auf einer Versammlung als abwertender Begriff auf einem Plakat zu lesen.



Zudem wurde der Begriff „Zionist“ genutzt, um politische Gegner_innen zu markieren. Als Anlass dafür reichte es mitunter aus, sich gegen Antisemitismus zu positionieren oder Solidarität mit den von der Hamas am 7. Oktober 2023 entführten israelischen Geiseln zu zeigen. Zionismus wurde in diesen Fällen wahlweise zum Inbegriff von Rassismus und Kolonialismus oder zum Synonym für das „Böse“. So sagte z. B. ein Redner bei der bereits erwähnten Demonstration am 29. Juni 2024: „Israel, Israel, begraben wirst du durch die Geschichte, Israel! Denn Israel, Netanyahu und all die faschistischen Zionisten, was haben sie schon für einen Wert? Sie sind nur ein Staubkorn in der Geschichte! Was wir bekämpfen [...] ist eine krankhafte Ideologie! Denn die Anhänger dieser krankhaften Ideologie bezeichnen sich von Gott auserwählt. Sie bezeichnen sich von Gott auserwählt und billigen das Töten von Kindern! Sie feiern das sogar! Und diese krankhafte Ideologie gilt es zu bekämpfen, denn diese krankhafte, ekelhafte, menschenverachtende Ideologie ist unser Feind!“ Die Demonstration war unter dem Titel „Stoppt den seit 1948 laufenden Holocaust der Palästinenser“ angemeldet worden und war einige Zeit lang mit diesem Wortlaut auf der Webseite „Versammlungen Berlin“ der Berliner Polizei angekündigt gewesen, bevor er geändert wurde.

Insgesamt zeigt sich, dass das Versammlungsgeschehen seit dem 7. Oktober 2023 sowie im ersten Halbjahr 2024 eine wichtige Rolle bei der Verbreitung und Popularisierung terrorverherrlichender Symbole und Slogans sowie antisemitischer Chiffren spielte. Die Versammlungen sind wichtige Aktions- und Mobilisierungs-, Erlebnis- und Selbstvergewisserungsräume für Personen, die bereits Teil des Spektrums des antiisraelischen Aktivismus sind oder sich ihm annähern. Dabei zeigte sich zudem eine enge und dynamische Verschränkung von Offline- und Online-Geschehen. Die Versammlungen wurden von einer Vielzahl von Medien-Aktivist_innen aus dem Spektrum begleitet, die das Geschehen permanent und in Echtzeit in den digitalen Raum übertrugen. Im Nachgang wurden Versammlungen zudem medial ausgewertet. Dabei wurden einzelne Geschehnisse zugespitzt dargestellt und zur weiteren Mobilisierung genutzt.

Antisemitische Angriffe und Bedrohungen im Kontext von Versammlungen

RIAS Berlin dokumentierte außerdem antisemitische Angriffe im Zusammenhang mit den Versammlungen. Die Drohungen und Angriffe erfolgten zum Teil direkt aus Versammlungen heraus, zum Teil aber auch im zeitlichen und räumlichen Kontext. Es kam zu mehreren Angriffen auf Personen, die an Gegenkundgebungen zu den israelfeindlichen Versammlungen teilnahmen.

Am 12. Mai 2024 wurde ein in Berlin lebender Israeli, der zuvor an einer Demonstration gegen Antisemitismus teilgenommen hatte, auf dem Potsdamer Platz angegriffen. Er wurde zunächst von drei Jugendlichen verfolgt, einer der Jugendlichen versuchte dann, ihm seine Israelfahne zu entreißen. Dabei stürzte der Angegriffene, brach sich das Handgelenk und zog sich Schürfwunden zu. Außerdem wurde sein Mobiltelefon, die Fahne und sein Poloshirt beschädigt.

Während einer Versammlung am 15. Juni 2024 formten Teilnehmer_innen der Versammlung aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus mit ihren Fingern Dreiecke in Richtung der Gegenkundgebung und bewarfen diese mit Flaschen, einem Stein sowie Feuerwerkskörpern. Ein Feuerwerkskörper explodierte in unmittelbarer Nähe des Kopfes einer Teilnehmerin der Gegenkundgebung, wodurch diese ein Knalltrauma erlitt. Sie stürzte zu Boden und litt danach an Tinnitus, Schwindel und Übelkeit. Ihre Hörfähigkeit wurde nachhaltig beeinträchtigt. Mindestens eine andere Person der Kundgebung wurde infolge des Angriffs verletzt.

Zu einem ähnlichen Angriff kam es bei einer Versammlung am 22. Juni 2024, die am Rosenthaler Platz an einer Gegenkundgebung vorbeiführte. Bereits kurz nach Beginn wurden terrorverherrlichende sowie verbotene antisemitische Parolen gerufen, die Polizei wurde mit Flaschen und anderen Gegenständen beworfen, Presseverteter_innen beschimpft und an ihrer Arbeit gehindert. Am Rosenthaler Platz wurde die Parole „Yallah yallah Intifada“ in Richtung der Gegendemonstrant_innen gerufen, sowie mit den Fingern geformte Dreiecke in deren Richtung gezeigt, aus der Demonstration heraus wurde ein pyrotechnischer Gegenstand auf die Personen der Gegenkundgebung geworfen. Am 1. Juni 2024 wurden Teilnehmer_innen einer Gegenkundgebung aus einer Demonstration der Gruppe Justice48 heraus mit PET-Flaschen sowie einem Stein beworfen. Vorher wurde ihnen u.a. „Zionisten raus“ zugerufen.

Auswirkungen auf Jüdinnen_Juden und auf jüdisches Leben in Berlin

Die Versammlungen, die zwischen Januar und Juni in Berlin stattfanden, hatten teils weitreichende Auswirkungen auf jüdisches Leben in Berlin. Die Versammlungen, die mehrmals wöchentlich und in verschiedenen Berliner Innenstadtbezirken stattfanden, haben wesentlich zu der starken Sichtbar- und auch Hörbarkeit des Antisemitismus in der Stadt beigetragen. Dass im Anschluss an den Terrorangriff der Hamas gegen israelische Zivilist_innen vom 7. Oktober 2023 und dann über Monate hinweg, Jüdinnen_Juden sowie Israelis nicht mit einer breiten Solidarität begegnet wurde, sondern die öffentlichen Räume stattdessen stärker von Parolen und Slogans geprägt sind, die Terror verherrlichen und legitimieren, erschüttert das Sicherheitsgefühl nachhaltig.

Es gab Fälle, bei denen Jüdinnen und Juden konkret und direkt am Rande oder nach Versammlungen angegriffen wurden. Antisemitische Angriffe wirken häufig über den einzelnen Vorfall in die Communities hinein.

Auch mussten jüdische Gemeinden zum Beispiel Gottesdienste absagen oder Gottesdienstzeiten verschieben, wenn entsprechende Demonstrationen in der näheren Umgebung stattfanden, da sie die Sicherheit der Gemeindemitglieder gefährdet sahen.

Insbesondere die Versammlungen an den Berliner Universitäten und Hochschulen wurden von jüdischen Studierenden als Einschränkung ihres Sicherheitsempfindens auf dem Campus angegeben oder sogar als Grund, der Universität fernzubleiben.

BEISPIELE

Extreme Gewalt

Als extreme Gewalt werden physische Angriffe oder Anschläge gewertet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffen oder Schüssen.

Mitte, 3. Februar: Ein jüdischer Student wurde auf der Straße von einem Kommilitonen, der ihm aus einer Kneipe gefolgt war, mehrfach ins Gesicht geschlagen und, nachdem er zu Boden gestürzt war, ins Gesicht getreten. Er kam mit mehreren Knochenbrüchen im Gesicht ins Krankenhaus und musste operiert werden.

Mitte, 3. Mai: Ein jüdischer Ukrainer wurde auf dem Weg zur Synagoge von einem Unbekannten antisemitisch beleidigt und körperlich angegriffen. Der Täter verfolgte den durch sichtbare religiöse Symbole als jüdisch erkennbaren Mann auf der Straße, rief dabei u. a. „Free Palestine“, schubste ihn zu Boden und verletzte ihn dann mit einem E-Roller. Der Betroffene musste mit einem Knochenbruch an der Hand im Krankenhaus behandelt werden.

Angriffe

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (Steinen, Flaschen, etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.

Neukölln, 6. Januar: Ein Mann und eine Frau, die sich in einem Imbiss auf Hebräisch unterhielten, wurden von einem Mann am Nebentisch beleidigt. Als sie ihn darauf ansprachen, schüttete der Mann ein Getränk in ihre Richtung und schlug mit einem Stuhl nach der Frau. Sie konnte den Schlag abwehren. Dann schlug der Angreifer den Begleiter der Frau mit der Faust ins Gesicht.

Mitte, 27. April: Eine Frau, die in der S-Bahn am Telefon über eine Dokumentation über die sexuelle Gewalt an jüdischen und israelischen Frauen am und nach dem 7. Oktober 2023 sprach, wurde von einem neben ihr sitzenden Mann, der ihrem Gespräch zugehört hatte, auf Französisch als „fette jüdische israelische Schlampe“ beleidigt und angespuckt. Die anderen anwesenden Personen zeigten keine Reaktion.

Mitte, 3. Mai: Ein Mann, der mit einer israelischen Flagge am Körper im Außenbereich eines Lokals saß, wurde von einem Unbekannten angegriffen.

Treptow-Köpenick, 9. Mai: Mehrere Männer fuhren mit dem Rad in der Nähe eines Sees und beleidigten ihnen entgegenkommende Personen antiziganistisch und antisemitisch mit der Parole „Z***, Zecken, Juden“. Als die Betroffenen darauf reagierten, wurden sie angegriffen.

Tempelhof-Schöneberg, 10. Juni: Ein jüdischer Mann, der seinen Nachbarn bat, etwas leiser zu sein, wurde von diesem mit den Worten „Scheiß Jude, denken dürfen alles“ sowie „Viva Palästina“ beschimpft. Der Nachbar schlug ihm zudem leicht auf den Arm und deutete weitere Schläge an, woraufhin der Betroffene in seine Wohnung flüchtete.

Gezielte Sachbeschädigungen

Als gezielte Sachbeschädigungen werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen oder als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkorten gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Mitte, 26. Januar: Eine „Hörstation“ an einem Mast in der Havelberger Straße, die u. a. über die Deportationen von Jüdinnen_Juden während des Nationalsozialismus informierte und daran erinnerte, war vollständig zerstört worden. Zehn Tage vorher war bereits eine weitere Hörstation in der Levetzowstraße beschädigt worden.

Friedrichshain-Kreuzberg, 9. März: Die provisorische Trauerstelle für eine von der Hamas ermordete Berlinerin auf der Admiralbrücke wurde zerstört.

Mitte, 10. April: In einem Buchladen in Mitte wurden die ersten Seiten von allen Exemplaren eines Buches über Antisemitismus von einem jüdischen Journalisten zerrissen.

▼ **Pankow, 23. April:** Die Gedenktafel in Erinnerung an das Baruch Auerbach'sche Waisenhaus wurde beschädigt.





- ▲ **Spandau, 7. Mai:** Der Stolperstein für die Jüdin Lore Pieck, die 1939 mit einem Kindertransport nach England geschickt und schließlich in die USA auswanderte und so die Schoa überlebte, wurde beschädigt. Die Messingplatte wurde gewaltsam nach oben gebogen.



- ◀ **Tempelhof-Schöneberg, 29. Mai:** Der Briefkasten eines jüdischen Mannes wurde seit dem 7. Oktober wiederholt angespuckt.

Friedrichshain-Kreuzberg, 1. Juni: Aus einer Infotafel vor dem Urban-Krankenhaus, die an das Schicksal der jüdischen Ärzt_innen während des Nationalsozialismus erinnert, wurde ein Davidstern herausgekratzt.

Pankow, 9. Juni: Der Schaukasten eines Stadtteilzentrums, der an ein ehemaliges jüdisches Kinderheim und an die Deportation der Bewohner_innen und Mitarbeiter_innen erinnert, wurde mit einem roten Dreieck beschmiert.

Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Friedrichshain-Kreuzberg, 22. April:

Eine jüdische Rentnerin, die eine Kette mit Davidstern-Anhänger und eine Handtasche mit israelsolidarischen Aufklebern bei sich trug, wurde in einem Laden sexistisch beleidigt. Nachdem sie den Laden verlassen hatte, folgten ihr zwei Männer, stellten sich mit Drohgebärden vor sie und riefen „Fuck Israel!“ und „Fuck you, du scheiß Jude!“. Als sie davonlief und meinte, sie würde die Polizei rufen, riefen die Männer ihr „Fuck Israel!“ und „Fuck Juden!“ hinterher.

Mitte, 24. Juni:

Als eine Mitarbeiterin einer Universität, die an ihrem Rucksack eine Stoffschleife zur Erinnerung an die Geiseln des 7. Oktobers trug, auf dem Campus einen antisemitischen Aufkleber entfernte, blieb ein Mann neben ihr stehen, schüttelte den Kopf und machte „tss“. Nachdem sie Geste und Geräusch des Mannes wiederholte, sagte er „Dich werden wir kriegen, you’re sick“.

اختطف



Gadi Moses
80 years old
Israeli

Kidnapped by Hamas

PALESTINE?
في 7 أكتوبر تم اختطاف ما يقرب من 200 مدني إسرائيلي من
مكائهم مجهول حتى الآن
سراويل إلى قطاع غزة. تم قتل
3,000 امرأة ورجل و
تم جرح أكثر من 85 عامًا، وتم قتلهم وضربهم واغتصابهم
بين 3 أشهر و 85 عامًا، وتم قتلهم على يد حماس
وفصلهم بوحشية عن أحبائهم على يد حماس

قم بالتقاط صورة لهذا الملصق وشاركها
في وسائل التواصل الاجتماعي
فضلك ساع في حياتهم
من منازلهم بأمان
ZIONISM
#KidnappedFromIsrael

SEARCH TO
JOIN THE
GLOBAL
EFFORTS

Verletzendes Verhalten

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.

- Treptow-Köpenick, 5. Januar** Eine Frau wurde in der Nähe des Müggelsees im Vorbeigehen von einem Passanten als „Drecksjude“ beschimpft.
- ▼ **Friedrichshain-Kreuzberg, 26. Februar:** Auf einer Ladestation wurde die Schmiererei „Juden sind Mörder“ entdeckt.
- ◀ **Neukölln, 10. Januar:** Ein Plakat von einer der von der Hamas entführten Geiseln wurde teilweise abgerissen und mit den Sprüchen „What about Palestine?“ und „Zionism = [Hakenkreuz]“ beschmiert.
- Neukölln, 20. Januar:** Während einer Fahrt äußerte ein Taxifahrer Verschwörungsmysen und leugnete die Schoa. Ihm zufolge wollten Juden die Welt beherrschen. Außerdem seien im Holocaust höchstens 6.000 Menschen umgekommen.
- Mitte, 1. Februar:** Eine Person lief an der Neuen Synagoge vorbei und rief „Fuck Israel“ und „Free Palestine“.
- Steglitz-Zehlendorf, 8. Februar:** Bei einer israelfeindlichen Versammlung vor der Freien Universität Berlin hieß es in einem Redebeitrag: „Wir werden weiter kämpfen für ein freies Palästina vom Jordan-Fluss bis zum Mittelmeer“. Auch wurde u. a. die Parole „Israel is a terror state“ gerufen.





◀ Friedrichshagen, 21. Mai:
LGBTQI-feindlicher Aufkleber,
der durch die Referenz auf
Anne Frank außerdem die
Opfer der Schoa verhöhnt.

▼ Neukölln, 24. März: Anti-
semitischer Aufkleber, der von
einem rechtsextremen Ver-
sandhandel vertrieben wird.



Online, 10. März: Unter dem Social-Media-Beitrag einer jüdischen Organisation kommentiert ein_e User_in: „Gegen den Antisemitismus bedeutet inzwischen für den palästinensischen Holocaust!“.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 27.

März: Während einer Vorführung des Films „Zone of Interest“ über den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß und das Leben seiner Familie neben dem Vernichtungslager kam es während des Abspanns des Films zu einer Störung durch zwei Personen. Sie riefen u. a. die Parolen: „Stoppt den Genozid in Gaza“, „Macht nicht dieselben Fehler“ und „Ihr seid doch auch nicht besser, Massenmörder“.

Neukölln, 10. Mai: Eine Frau las im Bus einen Artikel einer jüdischen Tageszeitung, auf ihrem Display war ein Davidstern und der Name der Zeitung erkennbar. Plötzlich wurde sie von zwei Jugendlichen, die hinter ihr saßen, mit den Worten „Was für einen scheiß liest du da?“ angepöbelt. Darauf folgten noch Beleidigungen. Die Frau packte ihr Handy schnell weg, da sie Angst hatte, es könne noch mehr passieren. Keiner der anwesenden Fahrgäste in dem voll besetzten Bus reagierte auf die Situation.

Mitte, 26. Mai: An den Infostand einer jüdischen Organisation während des Demokratiefests der Bundesregierung anlässlich des 75jährigen Jubiläums des Grundgesetzes trat ein Mann, der das Ausmaß der Verbrechen der Schoa leugnete.

Tempelhof-Schöneberg, 5. Juni: In einem Bus unterhielt sich ein jüngerer Mann mit zwei weiteren jungen Leuten. Er äußerte, dass die „Juden“ Schuld seien an dem aktuellen Konflikt in Nahost. Er fing dann an, über Hitlers „Mein Kampf“ zu sprechen und das Hitler darin gesagt habe, es würde der Welt noch leidtun, dass er nicht alle Juden umgebracht habe. Dies sei auch genau das, was man seiner Meinung nach tun müsse: alle Juden umbringen. Die meldende Person forderte den Mann auf, das Gespräch zu beenden. Als alle an derselben Station ausstiegen, zeigte der Mann der Meldenden mehrfach den „Hitlergruß“.

Spandau, 23. Juni: Auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Rathaus Spandau wurde auf dem Hinweisschild zum Ausgang „Judenstraße“ das Wort „Juden“ umkreist und an einen aufgemalten Galgen gehängt.

BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Gestalt, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. Antisemitische Straftaten und Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, werden ebenfalls nach den verschiedenen Vorfalltypen systematisiert.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.⁹ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.¹⁰ Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.¹¹

RIAS Berlin analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfalltypen, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschauliche Hintergründe.

Vorfalltypen

RIAS Berlin unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen

9 Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Arbeitsweisen. <https://report-antisemitism.de/rias-berlin> (Zugriff am 07.10.2021).

10 Ebd.

11 Vgl. Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: Jewish Political Studies Review 16 (2004) 3–4. <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (Zugriff am 07.10.2021).

und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online.

RIAS Berlin erfasst zudem auch proaktiv **Versammlungen** mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring bezieht sich jedes Jahr auf zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall vom Typ verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer Versammlung zu Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils einzeln als zusätzlicher antisemitischer Vorfall registriert.

Betroffene

RIAS Berlin unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen_Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist_innen oder Politiker_innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen handelt es sich zum einen um religiöse oder weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen. Zum anderen können auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie als jüdisch wahrgenommene bzw. adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als eine Betroffene.

Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen RIAS Berlin keine direkt Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet. **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. **Israelbezogener Antisemitismus** liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung ist nicht immer möglich und erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Weil solche Informationen oft fehlen, werden viele antisemitische Vorfälle keinem politisch-weltanschaulichem Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Berlin sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Hier ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Dieser bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die auf eine scharfe Abgrenzung zu (vermeintlichen) politischen Eliten zielt, sich aber zugleich zumindest formal auch von rechtsextremen Positionen und Akteur_innen abgrenzt.¹²

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums), bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

¹² Für eine ausführlichere, an den Politologen Hans-Gerd Jaschke angelehnte Definition des Begriffs Rechtsextremismus siehe Bundesverband Mobile Beratung (BMB), Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Inhaltliche und methodische Grundsätze, hier S. 16. https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf (Zugriff am 02.04.2021).

Auch für das Milieu des **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

MELDESTELLE FÜR ANTISEMITISCHE Vorfälle

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) wurde 2015 als bundesweit erste zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für Betroffene und Zeug_innen von antisemitischen Vorfällen ins Leben gerufen. Seitdem hat RIAS Berlin ein stadtweites Meldenetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

Bei Bedarf vermittelt RIAS Berlin professionelle Beratungsangebote für Betroffene, deren Angehörige oder Zeug_innen von Antisemitismus und macht die Perspektiven der Betroffenen sichtbar.

Die dem Projekt bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden systematisch dokumentiert und ausgewertet. Die erhobenen Daten und Analysen veröffentlicht das Projekt jährlich in dem Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ und erstellt so das umfassendste Lagebild über den Antisemitismus in Berlin.

Das Projekt sensibilisiert auf diese Weise Öffentlichkeit, Politik, Justiz und Polizei für aktuelle Erscheinungsformen und Betroffenenperspektiven und schafft konkrete Ansatzpunkte für zivilgesellschaftliches solidarisches Handeln.

Antisemitische Vorfälle können jederzeit unter www.report-antisemitism.de gemeldet werden.



Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

RIAS Berlin ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. und orientiert sich an den dort formulierten Qualitätsanforderungen.

UNSERE ANGEBOTE

Vertrauensvolle Annahme anonymer
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden
Unterstützungsangeboten
(juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenen- und
Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Unterstützung bei öffentlicher
Kommunikation der Erfahrungen

Informationen und Analyse
zu aktuellen Ausdrucksformen
des Antisemitismus

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen
antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite **www.report-antisemitism.de**
oder die Telefonnummer **030/817 985 821** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

instagram.com/rias.berlin

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdK

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

Gefördert durch



Im Rahmen von

